ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DIENSTAG, 30. JULI 1974 • PREIS: IL 1.— המחיר: ל"י ★ יום שלישי, י"א באב תשל"ד

...ul VI. ruft die Palaestinenser zum Gewaltverzicht auf

...UPI) — Papst Paul VI. ...lästinensischen Flücht- ...nicht mehr zum Mittel ...lt zu greifen, da heute ...espräche im Nahen Gange sind. Diese Ge- ...aben eine Möglichkeit ...g des ganzen Problems

...n Hirtenbrief zum 25. ... der Gründung der ...g der katholischen Kir- ...e Angelegenheiten Pa- ...riet der Papst den ...en „in die Zukunft zu ...und dabei einen kon- ... harmonischen und ...lichen Geist zu be-

...Hirtenbrief erklärt der ...er, dass er für die Lei- ...lästinensischen Flücht- ...s Verständnis hat.

...UPI) — Die palästi- ...Führer wenden sich ...Moskau mit der Bitte ...weil die Vereinigten ...it allem Nachdruck ...ien und König Hus- ...ten. Eine Erklärung ...Sinne gab Shafik al- ... Leiter des Verbands- ...Befreiungsorganisation ...ina in einer libanesi- ...ung ab.

...t nimmt zu dem Be- ...ts in Moskau Stellung. ...fassung nach wird die ...e Erklärung, die in ...jetischen Hauptstadt ...hluss des Arafat-Be- ...eröffentlicht werden ...iegengewicht des ame- ... Druckes zugunsten ... darstellen. ...wird heute oder mor- ... Spitze einer achtköp- ...gation nach Moskau ...e Besprechungen mit ...ischen Führern wird ...andauern. Die Befrei- ...ation für Palästina ...iese Reise sehr grosse ... und erwartet, dass ... (nach dem Vorbild ...) die PLO offiziell ...werden.

...AFP) — Die kuwai- ...ng „Al Watan" (Na- ...ttet dass König Hus- ...h dem Besuch ... auch nach den ... Staaten reisen und ... Präsident Nixon Be- ... durchführen wird. ...ll für diese Unterre- ... völlige Billigung Sa- ...en haben. Die kuwai- ...ung berichtet weiter, ...en dem jordanischen ...sident Rifai und dem ... Informationsdienste, ...Ikalaini, scharfe Mei- ...iedenheiten ausgebro- ...sollen.

Amman (AFP) — Die offizielle jordanische Zeitung „Al Rai" warf Israel vor, dass es erneut Kriegsabsichten habe. Das Blatt schreibt, die „herrschende Kaste" in Israel suche nach Auswegen, um einen neuen Krieg zu beginnen. Mit dessen Hilfe will sie das Andenken an die Niederlage im Oktober-Krieg auslöschen. Das jordanische Blatt ruft die Araber auf, den Israelis nicht die Möglichkeit zur Befolgung einer solchen Taktik zu geben.

Der Korrespondent der Londoner Zeitung „Guardian" berichtet aus Beirut, dass Arafat während seines Besuchs in Moskau das erste Büro der Palästina-Befreiungsorganisation in der Sowjetunion eröffnen wird. Diese Institution wird den Terrorverbänden amtliche sowjetische Anerkennung verleihen. Höchstwahrscheinlich wird diese Entwicklung auch zur offiziellen Anerkennung durch die anderen Länder des Ostblocks führen.

Der Guardian-Korrespondent berichtet weiter, dass die Führung der PLO jetzt an die Schaffung einer provisorischen palästinensischen Exilregierung denkt. Auf diese Weise soll die Bedeutung der Erklärung Sadat—Hussein über die Vertretung der Palästinenser möglichst unwirksam gemacht werden. In dieser gemeinsamen Erklärung hatten Sadat und Hussein festgestellt, dass die Befreiungsorganisation zwar die Palästinenser, aber nicht diejenigen, die in Jordanien leben, vertreten könne.

Nach der Darstellung des Guardian-Korrespondenten befürwortet die sowjetische Führung die Schaffung einer palästinensischen Regierung, und dieses Thema wird sicher bei den Besprechungen in der sowjetischen Hauptstadt aufgerollt werden. Angesichts der Krise in den Beziehungen zwischen Russland und den Ägyptern erscheint die Stärkung der Verbindungen zwischen Moskau und den Terrorverbänden international wichtig zu werden. Auf diese Weise können die Russen einen Teil des Einflusses wiedergewinnen, den sie in den letzten Monaten verloren haben und sie können den antisowjetischen Tendenzen entgegentreten, die sich heute in Aegypten bemerkbar machen.

Beirut (AFP) — Die palästinensische Nachrichtenagentur „WAFA", die als Informationsagentur der Befreiungsorganisation für Palästina fungiert, bestritt den Terrorgruppen im Irak das Recht, Erklärungen im Namen der palästinensischen Widerstandsorganisationen abzugeben. Die Agentur wendet sich besonders gegen irakische Rundfunksendungen der revolutionären Palästinenser über den Sender von Bagdad.

Generalstabschef Gur warnt vor neuer Kriegsgefahr

Akute Gefahr, wenn Mandat der UN-Truppen endet

Der Generalstabschef Raw Aluf Mordechai Gur, erklärte in einer Rede vor der Handelskammer Israel—Amerika in Tel-Aviv, Ende des Jahres könne eine Situation entstehen, in der die Araber erneut mit Feindseligkeiten beginnen werden.

Gur vertrat die Auffassung, dass das Heer sich auf eine neue Krisensituation schleunigst einrichten müsse. Die Arbeitszeit in der Armee wurde um mehrere Stunden verlängert, ausserdem wurde ein neues System eingeführt, das beschleunigte und verbesserte Mobilisierung von Reserven möglich macht.

Der Generalstabschef wies darauf hin, **dass gegen Ende 1974 das Mandat der UN-Truppen abläuft. Wenn die Araber auf Feindseligkeiten bestehen, wird die Frage auftauchen, wem die Pufferzone gehört, in der heute UN-Soldaten stehen.**

Ein künftiger Krieg kann dem Jom Kippur-Krieg ähnlich sein. Es ist nicht unbedingt notwendig, dass Fernraketen eingesetzt werden, wenn beide Seiten von diesem Mittel Abstand nehmen. **Die Armee Israels richtet sich auf Verteidigung und Offensive zugleich ein.** Wir müssen damit rechnen, dass es entweder zu einem Krieg in vollem Umfang kommt, oder, dass es Kämpfe während der Weiterführung von Verhandlungen geben wird. Mit einer derartigen Situation haben wir im Süden, im Norden und auch im Osten zu rechnen. Möglicherweise wird Syrien, das über ein ausserordentlich starkes Militärpotential verfügt, allein den Krieg beginnen.

Die Syrer können von der Auffassung ausgehen, dass Israel nicht ohne weiteres in vollem Umfang auf ihre Aktion eingehen wird, da unser Land damit rechnen muss, dass dann vielleicht auch andere arabische Staaten eingreifen werden. Der Generalstabschef erwähnte, dass Israel die notwendigen Lehren aus dem Überraschungseffekt im Jom Kippur-Krieg gezogen habe. Er liess die Frage offen, ob Israel unter Umständen den ersten Schlag zu führen habe.

Der Generalstabschef machte darauf aufmerksam, dass die politischen Erfolge mittels Ölerpressung auch dieses Mal die Araber zu übertriebenen Hoffnungen veranlassen und zu leichtfertigem Eintritt in den Krieg bringen können.

Gur erwähnte, dass 50.000 Mann in neue Formationen des Heeres eingegliedert wurden, innerhalb eines Jahres wurden mehr Formationen geschaffen als in vier Jahren. Zehntausende, die vorher in unwichtigen Funktionen tätig waren, wurden in lebenswichtige Bereiche überführt. Er betonte nochmals, dass Israel sich in geistiger, seelischer und organisatorischer Beziehung auf den nächsten Krieg vorbereiten müsse, wobei wir wissen müssen, dass kommende Kriege im Orient kostspieliger und verlustreicher sein können.

Er wurde über den geplanten Wiedereintritt von Ariel Scharon ins Heer befragt. Darauf antwortete Gur, er selbst habe diesen Vorschlag gemacht, der Verteidigungsminister sei damit auch einverstanden gewesen. Am Ende hätten die Besprechungen jedoch nichts ergeben.

ISRAELISCHE TRUPPEN EVAKUIERTEN VERLETZTEN UN-SOLDATEN

Gestern um 10.30 Uhr teilte der UN-Stab dem israelischen Verbindungsoffizier mit, dass ein syrischer Hubschrauber in die Pufferzone im Norden einfliegen solle, um einen durch eine Minenexplosion verletzten österreichischen Soldaten zu evakuieren. Die israelische Zustimmung wurde sofort erteilt.

Um 13.00 Uhr erklärten UN-Offiziere, dass der syrische Hubschrauber abgestürzt sei und dass ein zweiter syrischer Hubschrauber versuche, den Verletzten zu retten. Nachher baten die UN-Offiziere einen israelischen Hubschrauber zur Verfügung zu stellen, wenn die Syrer die Rettungsbemühungen nicht durchführen könnten. Israel war damit einverstanden, aber die Syrer waren dagegen, dass ein israelischer Hubschrauber in der Pufferzone niedergehen sollte.

Daraufhin empfahl der israelische Verbindungsoffizier den Verletzten in einem UN-Auto zur israelischen Grenzlinie auf dem Hermon zu bringen. Von dort aus wurde der österreichische Soldat per Hubschrauber ins Krankenhaus nach Safed gebracht, wo ihm ein Bein amputiert werden musste.

Hartes Ringen um den Zypern-Vertrag

Während des ganzen gestrigen Tages war ein hartnäckiges Ringen um eine Einigung über Zypern im Gange. Beide Seiten benutzen Mittel des Nervenkrieges. Der türkische Ministerpräsident erklärte, von einem Abzug der türkischen Truppen aus Zypern könne keine Rede sein. Wenn bis gestern um Mitternacht keine Einigung erzielt werden sollte, so müssten die Verhandlungen im Ganzen als gescheitert angesehen werden.

Der Führer der türkischen Minderheit auf Zypern, Rauf Denktasch, erklärte warnend, die türkische Armee „könne eine grosse militärische Operation durchführen", wenn die griechischen Zyprer nicht aufhören würden, „türkische Dörfer auf Zypern zu erobern und die türkische Minderheit in Schrecken zu versetzen."

Denktasch erklärte vor Journalisten, dass 3.000 Angehörige der türkischen Minorität von den Griechen in Limassol, in Larnaca und Polis in Haft gehalten werden und von ihnen täglich nur eine Scheibe Brot, sechs Oliven und eine viertel Tomate bekommen. Die Häftlinge dürfen keine Besuche empfangen. In anderen Bezirken hätten die griechischen Zyprer die Transistoren der Angehörigen der türkischen Minderheit beschlagnahmt, damit sie keine Nachrichten hören können.

Die Russen hatten sich durch Entsendung eines Beobachters zur Genfer Zypern-Konferenz in die Debatte über die Insel einschalten wollen, bis gestern war jedoch der sowjetische Beobachter noch nicht in Genf eingetroffen.

Der britische Aussenminister Callaghan erklärte gestern abend, dass er für heute vormittag 11.30 Uhr den Abschluss der Zypern-Verhandlungen erwarte. Gestern abend um 20.00 Uhr gingen die Besprechungen nach 31stündigen intensiven Debatten zunächst zuende. Callaghan selbst war 33 Stunden lang auf den Beinen gewesen und hatte während der Nacht zu Montag kein Auge zugetan, sondern die ganzen Nachtstunden hindurch verhandelt.

Unterbrechungen im TV und Radio

Durch Sanktionen der Techniker des Rundfunks wurden gestern die Sendungen des Rundfunks am Nachmittag zeitweise unterbrochen. Die hebräische Fernsehsendung am Nachmittag fiel aus, und erst später fanden wieder Fernsehsendungen statt.

Um 21.30 Uhr nahmen Radio und Fernsehen nach Abbruch der Sanktionen und der Versammlungen der Techniker ihren normalen Betrieb wieder auf.

Der Erziehungsausschuss der Knesset, unter Vorsitz von Abraham Schechtermann, hielt eine Sitzung ab, an der sich die Vertreter des Erziehungsministeriums und die Sprecher der einzelnen Angestelltengruppen beteiligten. Schechtermann und andere Kommissionsmitglieder riefen die Angestellten auf, die Sanktionen sofort einzustellen. Sie bezeichneten es als Unding, dass die Bevölkerung wegen der Meinungsverschiedenheiten über *Gehaltszahlungen und Einstufungen* leide und nicht genügend Informationen erhalten könne.

LÖHNE SOLLEN ALS TEUERUNGSFAKTOR ANERKANNT WERDEN

Handels- und Industrieminister Barlew stimmte in einer Sitzung mit den Vertretern der Industrie zu, dass die Lohnsteigerung bei der Preisberechnung in weitem Umfange berücksichtigt werden solle. Diese Forderung wurde sowohl von Vertretern der privaten Industrie, als auch von Sprechern des Histadrutsektors (Koor) erhoben. Die zu erwartende Teuerung wird sich möglicherweise auf 4—5% belaufen.

«NUR EIN WUNDER KANN NIXON RETTEN»

— aber Vizepraesident Ford glaubt nicht an Verurteilung des Praesidenten

Hamburg (AFP) — Der amerikanische Vizepräsident Gerald Ford erklärte in einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel", nach seiner Meinung würden die Massnahmen im amerikanischen Parlament nicht zur Absetzung des Präsidenten führen. Wenn er ein Gerichtsverfahren zu gewärtigen hat, so wird er nicht verurteilt werden, und Nixon wird sicher nicht zurücktreten.

Boston (R, AFP) — Eine völlig andere Auffassung vertrat der Führer der demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus. Dieser glaubt, dass 70 Prozent des Repräsentantenhauses für Erhebung der Anklage gegen Nixon stimmen werden. In einem Radiointerview sagte der demokratische Führer, **„nur ein Wunder kann Nixon jetzt retten."** Nach seiner Auffassung werden 50 Republikaner dafür stimmen, Nixon vor Gericht zu stellen. Der Anwalt Nixons, St. Clair, blieb trotz dieser Erklärungen optimistisch und vertrat die Ansicht, dass das Plenum des Repräsentantenhauses von einer Anklageerhebung gegen Nixon absehen wird.

Inzwischen hat der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses mit der Vorbereitung des zweiten Anklagepunktes gegen Nixon begonnen. Dieser bezieht sich auf Missbrauch der Vollmachten des Präsidenten bei Verwaltungs- und Steuerangelegenheiten.

Präsident Nixon kehrte aus San Clemente in Kalifornien nach Washington zurück um die Staatsgeschäfte wieder zu übernehmen.

Nach einer vorläufigen Schätzung werden im Senat 36 Senatoren für den Präsidenten eintreten und sich gegen eine Anklageerhebung wenden. Falls es zu einer Anklage kommen sollte, so wird Präsident Nixon 6 Wochen Zeit zur Vorbereitung seiner Verteidigung haben. **Allem Anschein nach wird es von ganz wenigen Stimmen abhängen, ob der Senat sich für die Anklageerhebung aussprechen wird.**

Nach einer neuen Gallup-Umfrage treten 51 Prozent der Einwohner der USA für die Anklageerhebung gegen Nixon ein, 46 Prozent plädieren sogar für seine Amtsenthebung.

Das Regime Nixon wurde inzwischen indirekt weiter belastet. Ein Geschworenengericht in New York **beschloss gegen den früheren Finanzminister John Connally wegen Meineides und wegen Bestechung Anklage zu erheben.** Connally war früher Demokrat gewesen u. war dann zu Nixon's Partei übergetreten.

...ie Ansiedlungsfrage ...n Streit der Parteien

...s...etfraktion des Ma- ...das Büro der Arbeits- ...ten gestern zu einer ...sammen, bei der der ... die Kolonisation in ...behandelt wurde. Pe- ...digte eingehend die ...er Regierung. ...harte die parlamenta- ...uppe der Staatsliste ...ikud gehört) eine Mit- ...öffentlicht, dass in Zu- ...ere Siedlungsaktionen ...eilen des Landes unter ... Anleitung vor sich ...sten. Alles müsse un- ... werden, um die Re- ...abin von Verzichten ...n. Die Regierung dür- ...icht unter politischen ...zen lassen.

...Abgeordnete Pesach (Likud) brachte einen ...esetzentwurf ein, nach ...besondere Behörde für ...n der Ansiedlung ge- ...werden soll. Auf diese ... der Komplex der Ko- ... der Debatte der Par- ...ogen werden.

...geordnete Hillel Seidel ...gige Liberale) forderte ...egierung, sie solle sich darum bemühen eine „Reservegruppe" von 100.000 jüdischen Jugendlichen in der Diaspora zu schaffen, die in künftigen Kriegsfällen Israel zur Verfügung stehen sollen.

Der Knessetabgeordnete Dr. Josef Burg erklärte auf einer Zusammenkunft mit jüngeren Mitgliedern des Misrachi aus den USA, das Prinzip der Ansiedlung im Rahmen staatlicher Regelung müsse seine Lösung finden. Er **begrüsste es, dass der Ministerpräsident und der Verteidigungsminister sich nicht zu radikalen Schritten hinreissen liessen und ein hohes Mass an Verantwortung bei der Lösung des Problems bewiesen.**

Der ehemalige Aussenminister Eban sprach sich vor aktiven Mitgliedern der Arbeitspartei auf einer Tagung im Bet Berl überaus kritisch über die Situation in der Partei aus. **Die IAP ist nach seiner Meinung politisch und organisatorisch völlig erstarrt.**

Würde dem Maarach eine fähigere und weniger extremistische Opposition gegenüberstehen, als sie der Likud ist, so hätte der Maarach auch nicht einmal die Abgeordnetenziffern bekommen, die er bei den letzten Wahlen auf sich vereinigen konnte.

Für die Situation im Maarach ist es bezeichnend, dass während der Sebastia-Krise, die ein schwerer Schlag für den ganzen Staat war, die Parteiinstanzen nicht zu Beratungen einberufen wurden.

RABIN GRATULIERT KARAMANLIS

Ministerpräsident Rabin hat den neuen griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis zur Amtsübernahme beglückwünscht; ein ähnliches Telegramm hat Aussenminister Allon dem neuen griechischen Aussenminister Mavros gesandt.

JAKOBI FÜR EISENBAHN NACH EJLAT

Verkehrsminister Gad Jakobi sprach sich in einer Beratung mit dem Bürgermeister von Ejlat für baldige Planung einer Bahnlinie nach Ejlat aus. Alle Vorbereitungen sollen getroffen werden bis die endgültige finanzielle Bewilligung der Regierung vorliegen wird.

Ansiedlung . . . nicht dringlich

Mit drei gegen zwei Stimmen beschloss das Präsidium der Knesset, den 14 Interpellationen zur Frage der Ansiedlung im Schomron die Dringlichkeit zu versagen. Gegen die Dringlichkeit stimmten drei Mitglieder des Präsidiums, unter ihnen Ben Porat (Maarach-Rafi), während der Knessetpräsident Jeschajahu und Judin (beide Maarach) für die Dringlichkeit eintrafen. Die Mitglieder der Mehrheit erklärten, Dringlichkeit sei nicht erforderlich, da die Frage der Kolonisation ohnehin auf Grund eines Antrages eines Likud-Abgeordneten seit einigen Wochen auf der Tagesordnung der Knesset stehe.

● **Bei einer Bombenexplosion** in einer Zigarettenfabrik in Bristol wurde eine Frau leicht verletzt. Die Sicherheitsbehörden beschlossen aus Vorsichtsgründen den Runden Turm des Windsor-Palastes zu schliessen. Dieser Turm ist eine grosse Touristenattraktion und kann öffentlich besichtigt werden, wenn sich die Königin nicht im Palast befindet.

● **Bei Unruhen in zwei französischen Gefängnissen wurden** vier Personen getötet.

DAS WETTER

Temperaturen Jerusalem 23—32; Tel Aviv 21—30; Haifa 23—31; Golan 22—31; Tiberias 22—39; Lod 22—34; Gaza 21—31; Beer Schewa 18—36; Ejlat u. Golf Schlomo 25—41 Grad.

תל־אביב–יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

DIE ANSICHTEN UEBER DIE BESIEDLUNG SAMARIAS

Haarez zeigt sich erleichtert darüber, dass es keinerlei Gewaltanwendung in Samaria geben würde, sodass die ganze Affäre wer' stens soweit in Ruhe beigelegt werden kann. Klar ist, so erklärt das Blatt, dass die Siedler bei Sebastia entfernt werden müssen, hierüber kann es keinen Zweifel geben.

Dawar bescheinigt der Regierung, dass sie völlig richtig handelt ,wenn sie es vorzieht, die Siedler von Sebastia wegbringen zu lassen. Man kann gegen Menschen, die eindeutig das Gesetz brechen, nicht anders vorgehen. Es war gut, dass man abgewartet hat, sodass sich die Gemüter beruhigen konnten, aber es ist natürlich unvermeidlich, dass gegen die Siedler vorgegangen wird. Der Demokratie, ja überhaupt der Sache unseres Staates haben diese Siedler ohne Zweifel keinen Gefallen getan, meint die Zeitung.

Al Hamischmar fordert zu schärfster Wachsamkeit auf, da- derartige Ueberraschungen wie die der Siedlung bei Sebastia nicht noch einmal passieren können. Diese unangenehmen Ueberraschungen dürfen ganz einfach nicht vorkommen, meint die Zeitung. Hier ist das Gesetz eindeutig gebrochen worden und das darf man nicht dulden. Sowohl die israelische Demokratie, auf die wir, und das mit vollem Recht, stolz sind, als auch der Frieden, dem wir entgegenstreben, sind in höchster Gefahr, wenn es solche Erscheinungen in unserem Alltag geben kann. Eben aus diesem Grunde muss alles geschehen, um ähnliche Vorfälle für die Zukunft unter allen Umständen zu verhindern.

Omer bestätigt zwar den Anspruch des jüdischen Volkes auf das gesamte Land Israel und meint, darüber könne es keinerlei Debatte geben, weist aber zugleich darauf hin, es gehe nicht an, dass in diesem Augenblick alle Bemühungen zu einer Verständigung zwischen unserem Volke und den Arabern unternommen werden, diese Bemühungen durch Vorfälle wie der von Sebastia gefährdet werden können.

Hamodia dankt der Regierung dafür, dass sie mit den Siedlern von Sebastia sehr vorsichtig vorgegangen ist und meint, das sei durchaus zu begrüssen. Leider haben, wie die Zeitung glaubt, die linken Kreise im Lande die ganze Angelegenheit weidlich ausgenutzt und alles getan, was in ihren Kräften steht, um politisches Kapital daraus zu schlagen, das wiederum sei sehr zu bedauern. Klar ist für das Blatt, dass die Siedler aus rein idealistischen Gründen heraus gehandelt haben. Das muss man begrüssen, denn es gibt sonst kaum noch sehr viel an Idealismus in unserer Zeit.

Hazofe stellt sich voll und ganz hinter die Siedler von Sebastia. Die Zeitung ist davon überzeugt, dass hier etwas ganz Richtiges geschehen ist. Das jüdische Volk hat Anspruch auf das ganze Land Israel, gleichgültig, wie die Verhältnisse auch sein mögen und daher hat es auch das Recht, an jedem Orte dieses Landes Siedlungen zu errichten. Der Boden dieses ganzen Landes lässt sich nicht teilen und darf auch nicht geteilt werden, meint das Blatt dazu und eben aus diesem Grunde dürfen die Siedler von Sebastia nicht nur nicht verurteilt werden — im Gegenteil, man muss sie loben und kann nur hoffen, dass sie bald und überall im Lande Nachahmer finden, die es sich zur Aufgabe machen, den Boden des Landes, wo auch immer, zu erlösen.

Kol kündigt verbilligte Flugtarife an

Im Rahmen der Bemühungen um Verstärkung der Touristik kündigte Minister Mosche Kol an, dass in diesem Herbst wesentlich verbilligte Flugtarife für Pilger eingeführt werden, die fast Charterpreisen entsprechen.

Die verbilligten Tarife hängen eng mit der Werbung zusammen, die im Rahmen des Heiligen Jahres der katholischen Kirche für Pilgerbesuche betrieben werden wird. Ab 1. Januar wird es verbilligte Flüge von Rom nach Israel und zurück für 140 Dollar für katholische Pilger geben. Schon ab 1. September können Pilger aus der Schweiz nach Israel und zurück für 500 Franken fliegen, allerdings muss die Gruppe wenigstens 80 Mitglieder zählen. Auch für England werden auf Grund von Vereinbarungen zwischen El Al und British Airways Verbilligungen für Pilger eingeführt. Schliesslich werden billige Pilgertarife auf der Spezialroute Frankfurt — Jerusalem gelten, die spätestens ab November funktionieren soll.

Den Besuchern aus den USA wird die Tatsache zugute kommen, dass die bisher ab 1. September üblichen Wintertarife schon ab 1. August eingeführt werden. El Al hat ausserdem der IATA vorgeschlagen, einen Winter-Sondertarif von 459 Dollar von New York nach Lod einzuführen (Beteiligung 80 Gruppenmitglieder). Dieser Tarif wird besonders für die Teilnehmer an Kongressen geeignet sein. Minister Kol will sich weiter bemühen, die erforderliche Mindestzahl von Touristen für eine Gruppe noch zu verringern.

Das Bemühen des Ministers geht auch dahin, dass Touristen spezielle Devisenvergünstigungen bekommen sollen, damit die Dollars nicht auf den schwarzen Markt abwandern. „Israel darf unter keinen Umständen für Touristen zu teuer sein." — sagte Kol.

In einem Interview erklärte Kol auf Fragen, dass die Touristik auf alle Veränderungen in der Sicherheitssituation sofort empfindlich reagierte. Damit müsse man rechnen, anderseits sei es kein Fehler gewesen, viele Hotels zu bauen, da man diese in Konjunkturzeiten brauchen wird. Er betonte weiter, kein Touristikminister habe soviel Aufgaben zu erledigen, wie der Touristikminister Israels. Nach neun Jahren Amtszeit habe er ausscheiden wollen, aber er habe sein Amt nicht gerade in einem Moment „abstossen" wollen, in dem die Situation schwierig geworden sei.

100.000 ISRAELIS REISTEN INS AUSLAND

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1974 reisten rund 100.000 Israelis zu verschiedenen Zwecken ins Ausland. 78.000 kehrten in der gleichen Zeit zurück.

Der Monatsdurchschnitt d. Ausreisenden wird mit 22.000 angegeben, während es in der gleichen Zeit des Jahres 1973 etwa 21.000 gewesen waren. Die Zahl der Rückkehrer lag im Monatsdurchschnitt bei 20.000, im vorigen Jahr 20.300. Unter den 100.000 befinden sich 14.800 Einwohner Ostjerusalems, die das Land über die Allenbybrücke in Richtung Jordanien verlassen haben.

Im Jahre 1971 waren fast 18.000 Israelis ausgereist und 171.000 waren zurückgekehrt. 1972 zählte man 203.000 Ausreisende und 187.000 Rückkehrer. 1973 waren es 238.000 Ausreisende und 224 Rückkehrer. Die Zahl der Ausreisenden in diesem Jahre ist kaum höher als die im Vorjahre.

IM BRENNPUNKT

Cliches und Verallgemeinerungen

Da spricht man heute von dem Klarsfeld-Prozess und man spricht von Achenbach. Immer wieder kommen solche Aspekte deutschen Daseins hervor, und niemand wird wohl bestreiten können, dass es sich hier um den „hässlichen" Deutschen handelt. Da hört und liest man von dem deutschen Orchestermitglied der Hamburger Oper, der nicht „in ein Krisengebiet" fahren wollte und vom Richter dazu gezwungen wurde. Und jedesmal wenn solche Nachrichten auftauchen, gibt es ganz bestimmte Kommentare, bösartige Worte, Seitenhiebe. Und jedesmal, wenn es all das gibt, muss man sich eigentlich fragen, ob wir berechtigt sind, diese Kommentare, diese bösartigen Worte, diese Seitenhiebe zu gebrauchen.

Ob ja, sicher. Da kommen natürlich all jene Tausende, die sofort erklären werden, das dürften wir noch lange, die Schuld der Deutschen uns gegenüber laufe noch viele, viele Jahre wollen nicht verstehen, eben deshalb, weil dem sc weil diese Schuld noch nicht ausläuft, wir uns bess benehmen haben, als wir benehmen. Wie kann woh mand, der mit flammender pörung im — ja wo im wol gegen ein Wagnerkonzert d rael Philharmonic Orchestra testiert hat, nun befriedig nach der Annullierung des zertes, in seinen Volkswagen gen, und davonfahren? Wir fen Vorwürfe erheben? leicht. Aber dann müssen uns benehmen, wie Men sich zu benehmen pflegen.

Die unerträglichen Cliche allem, was deutsch heisst sofort hochgespült werden, irgendjemand mit fester me verspricht, gegen verg nes und gegenwärtiges Ur zu kämpfen, sind mehr a bedauern. Der Jemand aller hätte ruhig auch ein Wort diese Cliches finden könn selbst auf die Gefahr hin, das eigene Image etwas kelt. Die fast unglaublichen allgemeinerungen, denen w gegnen, kommt es wieder nem neuen Naziskandal i Bundesrepublik, sind nicht rauf wir stolz sein dürfen. es bedauerlich ist, wenn in Deutschland so etwas m ist? Aber sicher, es ist me bedauerlich. Aber was habe eigentlich gedacht, als wi mit den Deutschen wiede liessen — dass sie alle heu geläuterte Engel vor der stehen würden? Dass alle und deren Helfer schon storben sind?

Berichten muss man woh es zu berichten gibt. So vom Falle Achenbach die sein. Aber unsere Reak sind ausschliesslich, um n sen Fall als Beispiel zu w von dem geprägt, was wir hören, lesen, wissen, so v uns hier, in unserem Lande geboten wird. Es gibt ganz re Stimmen zu diesem Mindestens sollten wir wohl sie abwägen. Nur, das gehö uns nicht zum guten Ton. denken lieber weniger, f mehr und verurteilen kollek

Das heisst nicht, dass m ne verteidigen kann, die es auf anlegen, Naziverbreche schützen. Es heisst aber, wir in einer Welt, die ge sein will, ebenfalls gerecht dürfen!

M.

Grosse amerikanische Bonds-Delegation kommt nach Israel

55 Führer der Bonds-Organisation in den USA werden am 4. August nach Israel kommen und hier an einer dreitägigen Konferenz auf Einladung des Ministerpräsidenten Rabin teilnehmen. Rabin hatte die Führer der Bonds-Organisation zum Besuch aufgefordert —wenige Stunden, nachdem er die Leitung der Regierungsgeschäfte übernommen hatte.

Bei der Konferenz sollen die schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Israels behandelt werden. Dies ist die erste Tagung unter Beteiligung jüdischer Führer aus den USA und aus Kanada seit der Verkündung des neuen Wirtschaftsprogrammes. Die grossen Defizite und sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Jom Kippur-Krieg zur Folge gehabt hat, sollen eingehend besprochen werden. Die Tagung wird von dem langjährigen Vorsitzenden der Bonds-Organisation Sam Rothberg und Michael Arnon geleitet werden. Letzterer war bis vor kurzem Kabinettssekretär und ist jetzt im Auftrage Israels als Geschäftsführer der Bonds-Organisation in den USA tätig.

Mr. Rothberg erklärte noch vor Beginn der Konferenz: „Wir wollen die Wege suchen, wie wir der Bevölkerung Israels am besten beim Tragen der schweren Lasten helfen können. Wir wissen genau, dass die Einwohner Israels die höchsten Steuern und Zwangsanleihen zu zahlen haben."

In einem Telegramm an Rabin hatte Rothberg versichert, alles werde getan werden, um das Arbeitsprogramm der Bonds-Organisation zu erweitern und die Eingänge aus dem Verkauf der Bonds zu erhöhen.

Die 55 Gäste aus den USA und Kanada, die aus allen Teilen des Kontinents kommen, werden ausser mit dem Ministerpräsidenten Rabin auch mit den Ministern Allon, Peres und Rabinowitz zusammentreffen. Präsident Katzir wird einen Empfang für sie veranstalten, ferner werden sie Gäste bei einem Dinner mit Golda Meir sein. Mit Helikoptern werden die Gäste nach Maalot und anderen Grenzorten gebracht werden, um die drängenden Sicherheitsprobleme Israels selbst kennenzulernen.

Ausser Rothberg werden wichtige Finanziers, Gemeindeführer und andere bekannte Persönlichkeiten des amerikanischen und kanadischen Judentums der Gruppe angehören.

Verstaendnisvolle Kommentare zur Sebastia-Affaere

Erstaunen erregt in Jerusalem die Tatsache, dass die öffentliche Meinung in Europa und Nordamerika dem Geschehen um Sebastia gegenüber recht verständnisvoll war. Man hätte annehmen sollen, dass es, wie bei ähnlichen Vorkommnissen der Vergangenheit, zu harter Kritik an Israel komme, aber diesmal haben die Massenmedia, Fernsehen, Rundfunk und Presse, weitaus mehr Verständnis mit den Siedlern von Sebastia gezeigt, als man annehmen konnte.

Die Kommentare gehen meistens dahin, dass diese Besiedlungsprojekte als israelische Reaktion auf die sich wieder verhärtende Haltung der Araber gesehen wird. Die Kommentare sagen ziemlich übereinstimmend, es könne von den Israelis nicht erwartet werden, unaufhörlich die Gebenden zu bleiben, während die andere Seite sich nicht einmal bemüht, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Aus diesem Grunde sei es zu verstehen, wenn grosse Teile der israelischen Bevölkerung versuchen, die Regierung von Jerusalem dazu zu zwingen, keine Gebiete abzugeben.

Besonders auffallend ist diese Haltung in Grossbritannien, wo ansonsten die israelische Haltung ganz u. gar keine Unterstützung findet, diesmal jedoch das Verständnis erstaunlich gross ist.

Eine seltsame Diskussion um Telefondienste

Es sind die arabischen Einwohner der ganzen Zone selbst, welche um die Installierung von Telefonen angesucht haben. Wir sind diesen Forderungen nur nachgekommen — heisst es in einer Note, welche der israelische Delegierte in den Vereinten Nationen an das Generalsekretariat der UNO gesandt hat.

Tekoa bezog sich dabei auf einen Protestbrief, den der ägyptische Delegierte dem UNO-Sekretariat zugeleitet hatte. Die Aegypter hatten hier darauf aufmerksam gemacht, dass „die Israelis den Charakter des Gebietes in und um Jerusalem dadurch verändern, dass sie ganze Zonen in ihr eigenes Telefonnetz einschliessen".

In Jerusalem selbst lehnte man jeden Kommentar zu diesem Notenwechsel ab und meinte, die ganze Angelegenheit sei im Grunde weitaus zu belanglos, um diskutiert zu werden.

PREISE FUER AUTO-OEL ANGEBEN

Der Verband der Tankstellenbesitzer hat sich an die Benzinfirmen in Lande gewandt und sie ersucht, **auf den Dosen, welche Autoöl enthalten, die Preise genau anzugeben.** Bisher ist der Preis nirgends zu ersehen.

Die Forderung der Tankstellenbesitzer ist die Folge scharfer Debatten, die, nach einer Preiserhöhung für das Oel, zur Zeit unaufhörlich in den Tankstellen mit den Kunden geführt werden müssen. Diese Diskussionen so meinen die Tankstellenbesitzer, wären sofort zu vermeiden, wenn man dem Kunden auf Grund eines Aufdruckes auf der Dose, beweisen könnte, dass man nicht versucht, ihm plötzlich mehr abzunehmen, um den eigenen Verdienst zu erhöhen.

AUSVERKAEUFE IN VOLLEM GANGE

Die Saisonschlussverkäufe für Textilien sind bereits in vollem Gange. Sie wurden angesichts des etwas stockenden Absatzes auf Wunsch der Kaufleute vorverlegt. Diese waren zur Auffassung gekommen, dass die Ausverkäufe noch in der Ferienzeit und nicht am Ende der Ferien durchgeführt werden müssten. Soweit erkennbar haben die Ausverkäufe zu einer sofortigen Verstärkung der Umsätze geführt. Während bisher die Kaufleute bei den Saisonausverkäufen im allgemeinen Nachlässe von 20% bewilligten, wollen sich viele dieses Mal auf 10—15% beschränken, und verweisen darauf, dass inzwischen erhebliche Verteuerungen eingetreten sind. Der Konzern ATA hat dagegen Rabatte von 20—50% angekündigt und in den Schuhgeschäften werden zwar Rabatte bewilligt, aber sie beziehen sich meistens auf die Schuhe des vergangenen Jahres.

EHEMALIGE KRIEGSGEFANGENE STUDIEREN AM TECHNION

Israelische Soldaten, die während des Jom Kippur-Krieges in Gefangenschaft waren und seitdem zurückgekehrt sind, studieren nunmehr am Technion in Haifa. Einer der Professoren des Technions berichtete, dass vier junge Leute, die acht Monate in syrischer Kriegsgefangenschaft waren, im letzten Monat mit ihren Studien am Technion begannen. Auch Soldaten, die in Aegypten gefangen waren, haben ihre Studien am Technion aufgenommen.

LASTAUTO-TRANSPORTEURE VERLANGEN GROSSE ERHOEHUNG

Die Lastautogesellschaften und die Chauffeure verlangen eine Tariferhöhung von nicht weniger als 24%. Sie begründen sie mit den in der letzten Zeit eingetretenen Verteuerungen. Sie verweisen auf Steigerung der Preise für Ersatzteile, für Garagearbeiten, und für Bezahlung der Chauffeure. Die letzte Tarifsteigerung in Höhe von 19% war im Februar bewilligt worden.

Luxusartikel sollen ‚ausgegliedert' werden

Im Auftrage der Histadrutleitung sollen die beiden Experten des Wirtschaftsforschungsinstitutes der Histadrut, Barzilai und Grünspan, nach einer Möglichkeit suchen, um ausgesprochene Luxusartikel, wie Spirituosen, importierte teuere Zigaretten, Parfümerien und ausländische Möbel aus dem „Verbraucherkorb" auszugliedern.

Der Generalsekretär der Histadrut, Meschel, verlangt in der letzten Zeit ständig, dass auf diese Artikel zusätzliche hohe Luxussteuern erhoben werden sollen. Er geste jedoch zu, dass es ungerechtfertigt wäre, auf die Preiserhöhungen, die sich durch Kauf solcher Luxusartikel ergeben, eine Teuerungszulage zu gewähren. Meschel erklärte, es wäre unverständlich, dass die Histadrut Steuern auf derartige Artikel empfiehlt, danach jedoch Teuerungszulagen fordern sollte.

Daraufhin wird versucht, diese Waren bei der Berechnung der Teuerungszulage nicht mehr zu berücksichtigen.

Debatten um die Agranat-Kommission dauern an

Dass man ihm nur erlaubt hat, 36 von den 430 Seiten des zweiten Agranat-Berichtes zu lesen, beklagt in einer öffentlichen Erklärung der ehemalige Generalstabschef, Raw Aluf (Res.) David Elasar. Er ist der Ansicht, dass diese Einschränkung durchaus seine Interessen beeinträchtige. Zugleich führt Elasar Klage darüber, dass während seiner Anwesenheit in den Büros der Agranat-Kommission, wo er Einsicht in eben diese Seiten des Berichtes nahm, ein Beamter bei ihm weilte, um aufzupassen, dass er nicht mehr lese und sich keine Notizen mache.

Die Kommission selbst meint dazu, sie habe mehr nicht tun können und habe auch nur einem der Anwälte Elasars und stets einem Anwalt auch anderer hoher Offiziere erlaubt, Einsicht in das Dokument zu nehmen, damit dieses geheime Dokument geheim bleiben könne. Man habe zwar an sich recht gerne eine vollkommene Veröffentlichung des Berichtes vornehmen wollen, aber es habe sich erwiesen, dass dies aus Sicherheitserwägungen völlig ausgeschlossen ist. Daher müssen eben diese Vorsichtsmassnahmen getroffen werden, meint die Kommission.

Der Ausschuss bedauert die Veröffentlichungen, die um die Befunde entstehen, da so falsche Eindrücke zustande kommen. Jetzt beschäftigt sich der Ausschuss in diesem Bericht mit der Epoche vom arabischen Angriff an bis zur Aufhaltung der arabischen Offensive und hat zu dieser Frage eine Reihe von Offizieren beider Kampffronten vernommen. Der Ausschuss sagt nicht, wann er mit seiner Arbeit fertig sein wird.

…Buerger – ein bedauernswerter Dummkopf

Von M. BIEL

… Arbeitsplatz ruhte … it. Er wusste, dass … Überstunden ver- … würden, denn ir- … te man ja den Ver- … uktion wettmachen. … Elektrizitätsgesell- … n Boiler heissgelau- … m es zu tagelangen … chungen. (Es wäre … r interessant den … ht zu kennen, der … rtlichkeit für die- … ähnliche Mängel. … gelang es unserem … Stunden später als … n seinen Kleinwa- … n, um nach Haus … benötigte aber für … sonst zwanzig Mi- … ert. anderthalb … n nun war gerade … n gesperrt und da … cht funktionierten, … ich die für ihren … nlichen Mut be- … ischen Autofahrer … dass einzelne Kreu- … len konnten. Es … en, bis man aus- … Dass unser Freund … r Ventilator noch … hlung benutzen … aupt nicht mehr … auch nichts Kal- … bekam, da, als er … Stromsperre sei- … tor erreicht hatte. … n Rande erwähnt. … ut, alles gut. End- … or dem Fernseh- … wieder Strom, die … Sodawasser beru- … raven Bürger. Sei- … ngs hatte ihm ei- … erzählen gewagt. … auch sonst noch … ie sah ja, in wel- … er nach Hause … Dass der Sohn … einrücken muss … Dienst von 187 … iegsausbruch am … schon wieder, … ver Bürger noch … uhig hinnehmen, … ein, dass es be-

stimmte Aspekte des Alltages gibt, die der Israeli eben dulden muss. Dass die Einkommenssteuer eine Nachzahlung verlangt, und gerade der Bescheid eingetroffen ist, und zwar auf über zehntausend Pfund, wird er nicht mehr ganz so ruhig schlucken. Es ist sicher ein Irrtum des Computers, aber es benötigt Laufereien und Ärger. Seltsam — bei uns irren sich die Computer ganz einfach zu oft. Das Klima im israelischen Sommer,Winter,Herbst und Frühjahr bekommt ihnen augenscheinlich nicht. Das jedoch ist nicht alles. Die vorgedruckte Mitteilung des Arbeitgebers, dass sich die Lohnauszahlung Ende dieses Monates verzögern würde, da der dortige Computer einer Reparatur unterzogen werden muss, war auch nicht angenehm. Aber das hat ja noch morgen Zeit, wenn er nicht ganz so aufgeregt ist.

Der Film, den unser Bürger sieht, ist alt. Er ist überholt. Als eine jener Konserven, die Fernsehanstalten grosser Staaten für einige Cents hergeben, ist er sicherlich von der israelischen Television erworben worden. Aber nun kommt der Höhepunkt. Der Film bricht mittendrin ab. Denn die Techniker bestrafen den Bürger dafür, dass die Behörde ihnen nicht zeitgerecht ihre Forderungen bestätigte. An diesem Tage also durfte unser Bürger zuerst arbeiten, dann im Schweisse seines Angesichtes Überstunden machen. Er durfte über eine Stunde länger als sonst in der kleinen Blechkiste seines Wagens sitzen, obwohl dies im israelischen Hochsommer nicht zu den Freuden des Daseins gehört, er durfte sich ärgern, aufregen, anstrengen und dafür sorgen, dass er letztlich doch noch nach Hause kam. Es war seine verdammte Bürgerpflicht die Irrtümer eines staatlichen Computers aufzuklären. Dabei wird er noch auf einen präpotenten Beamten stossen, der ihn unhöflich behandelt — denn der Bürger ist naturgemäss ein potentieller Lügner, ihm kann man keinen Glauben schenken. Er wird bei seinem Lebensmittelgeschäft, in dem er lange nicht eingekauft hat, da man lieber in den Supermarkt geht, anschreiben lassen müssen, bis bei seinem halb offiziellen Arbeitgeber der Computer wieder in Ordnung ist. Und am Abend muss er es sich gefallen lassen, dass ihn eine bestimmte Berufsgruppe um das bescheidene Vergnügen bringt, das er, nach einem schweren Arbeitstag, noch hat.

Würden wir diese Geschichte, die sich in der vergangenen Woche für Zehntausende israelischer Arbeitnehmer abgespielt hat, in einer ausländischen Zeitung lesen, als den Bericht von den Erlebnissen eines Mannes irgendwo in der Welt, hätten wir dazu nur einen Kommentar, der wohl treffend und kurz ist: diesem Dummkopf von Bürger geschieht völlig recht. Die Geschichte spielt jedoch nicht irgendwo in der Welt. Sie spielt bei uns, in dem Lande, in dem die höchsten Steuern der Welt gezahlt werden, jedes Auto mehr kostet als in allen Ländern dieser Erde, jedes elektrische Gerät um ein Vielfaches so teuer ist wie in den übrigen Staaten der Welt, in welchem eine Teuerungswelle zu verzeichnen war und ist, die keine Parallele findet.

Das alles zu schlucken, nichts zu sagen, Haltung anzunehmen und weiterzumachen als ob nichts geschehen wäre, ist durchaus kein Ausdruck von Patriotismus — es ist nichts als phänomenale Dummheit. Denn dann glauben jene, die den Bürger eben für so dumm verkaufen, auch noch, im Recht zu sein. Man sollte ihnen wenigstens klarmachen, dass wir inzwischen begriffen haben, wie dumm wir sind. Vielleicht wird das bereits zum Fortschritt führen …

…ersten »Bewohner« von …amit sind Beduinen

Von REUVEN ASSOR

… ebattiert, gestrit- … er „Grosse Plan" … dt von 100.000 … l Tiefwasser-Ha- … r „Kleine Plan" … Hafen und nur … „Jamit" erhitz- … noch vor dem … Nun, da beide … cht mehr Mini- … ht das Projekt … sich eine Stadt … nen zu erheben. … t sie nicht „Ja- … ffiziellen Sprach- … r neue Name: … i Avschalom" … m Avschalom"). … allen. Sprachre- … achregelung her … erufen. Der Na- … prägnanter.

… nur auf Reiss- … net war, wird … wenn auch nur … r werden belehrt, … en Häuser erst in … eziehbar sein wer- … sich zunächst um … en handelt, die auf … von 350 Dunam … den. Immerhin sind … sten Häuser zu se- … en fahren pflügend … Sand, es wird … und gezimmert, … gsstrasse asphal- … er hier noch vor … die 12—15 Meter hohen Sanddünen, trost- und hoffnungslos, bestaunte, kann kaum seinen Augen trauen, wenn er jetzt eine vollständig ebene Fläche vor sich sieht.

Zwischen dem Meeresstrand, der hier besonders schön und sanft ist, und dem Baugebiet liegt ein wenige hundert Meter breiter Gürtel von Dattelpalmen. Im Gegensatz zu den Sanddünen Jamits, in denen niemals jemand wohnte und höchstens hie und da ein Kamel zu sehen war, kamen Beduinen zur Zeit der Dattelernte zu diesen Bäumen, um zu ernten. Die Dattelbäume gehören zwar eigentlich niemandem, das Gebiet dürfte jedoch staatlicher Boden sein. Die Tatsache, dass Beduinen dort alljährlich pflückten, bewog die israelischen Behörden, dieses Gebiet nicht für Bauzwecke freizugeben. Man dachte daran, in dieser Region vielleicht später Hotels zu errichten oder Strand- u. Sportanlagen entstehen zu lassen. Und nun passierte etwas Überraschendes: Hunderte von Beduinen kamen plötzlich, wie von einem unsichtbaren Kommando gerufen, und „siedelten" sich in der Dattelpalmen-Zone an. Bei meinem letzten Besuch, vor drei Monaten, war kaum eine Seele da, heute ist hier bereits ein grosses Dorf entstanden. Lehmhütten werden eiligst errichtet, Zelte werden gespannt, sogar Ziegelwände werden errichtet, alles provisorisch, hastig, und natürlich weit entfernt von Haltbarkeit oder Ordnung. Eine eigene Ästhetik haben sie trotzdem, diese hastig dahingeworfenen Hütten, sie passen sich, farbmässig, ihrer Umgebung an, und sie mögen sogar romantisch, von Hadschi Abu Alef Omars Lagerfeuer kopiert, wirken. Eines ist allerdings sicher: Diese Beduinen waren noch vor zwei bis drei Monaten nicht hier.

Haben sie vielleicht den überheblichen, technisierten, planenden, debattierenden Israelis ein Schnippchen geschlagen? Hat vielleicht Herr Arafat im fernen Beirut einen geheimen Wink mit einer Fischerbarke geschickt? Oder haben die ägyptischen Geheimdienste mitgemischt? Nichts von alledem. Die Beweggründe sind um vieles einfacher. Da in Jamit viel gebaut wird, und am Bau viele Beduinen beschäftigt sind, und da es vor ihren Zelten keine Autobushaltestellen gibt, sind diese Beduinen einfach dazu übergegangen, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu schlafen, mit Kind und Kegel, Ziege und Kamel, versteht sich. Ausserdem dürfte es sich herumgesprochen haben, dass die Beduinen vielleicht für den Verkauf der Dattelbäume hohe Preise erzielen könnten, wenn schon einmal die Stadt bestehen wird. Jedenfalls ist hier eine neue, gänzlich frische Reibfläche der israelisch-arabischen Problematik entstanden, von niemandem geplant, von niemanden vorausgesehen nur vom Leben selbst diktiert.

So ist in Jamit ein merkwür- … Paradox am Werk: die er- … Bewohner Jamits sind — … [Bed]uinen. Die 26 Einwanderer-Familien aus der UdSSR warten inzwischen in Sadot Bet auf ihre Ansiedlung, die noch Monate dauern wird. Und „Jamit" heisst übrigens bis jetzt nur eine Hündin in Sadot.

Menschen und Szenen aus dem Alltag

Geschaefte der Minister ohne Geschaeftsbereich

Von SEEV TRONIK

Nachdem Jizchak Rabin nach ungeheuren Anstrengungen und wochenlangem Bemühen endlich sein Kabinett zusammengezimmert hatte, wurde dasselbe in Oppositionskreisen folgendermassen definiert: „Das ist eine Regierung mit drei Geschäftsbereichen ohne Minister und drei Ministern ohne Geschäftsbereich."

Inzwischen hat sich einiges geändert. Niemand wagt es mehr, die Rabin-Regierung wegwerfend zu beurteilen und die drei verwaisten Ministerialposten werden wahrscheinlich bald endgültig besetzt werden, da ja kaum noch Aussicht besteht, dass die National-Religiöse Partei, für die sie bereitgehalten worden waren, der Regierung beitritt. Aber Minister ohne Geschäftsbereich gehören bereits zur innenpolitischen Tradition und sie wird es auch weiter geben, da es unmöglich ist, mit den verfügbaren Ministerposten die Forderungen aller Koalitionspartner zu erfüllen.

Was tut nun so ein Minister ohne Geschäftsbereich, dem immerhin Büroräume, ein Dienstwagen und einiges Personal zur Verfügung stehen? Israel Galili ist der „Amtsälteste" auf diesem Spezialgebiet und das Rabin-Kabinett das sechste, in dem er ohne Geschäftsbereich seinen ministeriellen Geschäften nachgeht. Journalisten, die sich an die Kanzlei des Ministers wandten, um zu erfahren, worin denn diese Geschäfte bestehen, wurde folgendes mitgeteilt:

Die ersten vier Tage der Woche ist Galili in Jerusalem tätig; donnerstags und freitags arbeitet er in seiner Tel Aviver Kanzlei in der Kirja. Das Personal des Ministers besteht aus vier

GIDEON HAUSNER:
Lösung fundamentaler Probleme

Beamten: einem direkten Mitarbeiter, der auch Sprecher des Ministeriums ist, dem Generaldirektor und zwei Sekretärinnen, wovon die eine auch die Arbeit im Tel Aviver Büro erledigt. Der Minister nimmt natürlich an allen Regierungssitzungen teil und da er ein anerkannter Sicherheitsfachmann ist, werden ihm oft Aufgaben in diesem Spezielbereich anvertraut. Nach der Unterzeichnung des Entflechtungsabkommens mit Syrien und in Verbindung mit der Sicherheitslage nach der Durchführung des Abkommens hatte Galili alle Hände voll zu tun, um Detailfragen zu klären und Interpretationsschwierigkeiten zu überwinden. Galili ist auch Spezialist für das Verfassen von ausgewogenen politischen Formulierungen, und viele Resolutionen, die die Arbeitspartei zum Abschluss von Knessetdebatten vorbringt, werden von ihm ausgearbeitet. Wegen seiner grossen politischen Erfahrung wird Galili vom Ministerpräsidenten und verschiedenen Ministern zu Beratungen über eine Fülle von Fragen und Problemen herangezogen. Dies war, um nur ein Beispiel zu nennen, nach dem Drama von Maalot der Fall. Viel Zeit widmet Galili auch den Fragen der jüdischen Ansiedlung im Westufergebiet. Oft begibt sich der Minister auf Vortragsreisen und dabei führt er, wenn immer möglich, als Vertreter der Regierung, Gespräche mit Persönlichkeiten, insbesondere mit solchen aus der Kibbuzbewegung. Den Schabbat verbringt der Minister im Familienkreis im Kibbuz Naan.

Ein anderer Minister ohne Geschäftsbereich, Gideon Hausner, von der Unabhängigen Liberalen Partei, zitierte Golda Meir, als man ihn fragte, was er in seiner neuen Kapazität zu tun gedenke. „Es ist gut", so hatte die frühere Ministerpräsidentin einmal behauptet, „dass es in jeder Regierung ein oder zwei Minister gibt, die Zeit zum Nachdenken haben." Hausner gab bekannt, dass ihm dieser Ausspruch als Richtschnur dienen werde und, dass er über verschiedene, fundamentale Probleme der Regierung in Israel nicht nur nachdenken, sondern auch Vorschläge zu deren Lösung ausarbeiten werde.

DIE FARBIGEN KÜNSTLER AUS DIMONA

Was ist aus den „Black Hebrews", den schwarzen Hebräern geworden, die vor einigen Jahren zu Dutzenden nach Israel strömten und sich hier als die authentischen Nachkommen der biblischen Hebräer vorstellten? Die farbigen Gentlemen, die den nicht gerade bescheidenen Anspruch erhoben, zur „Mischpoche" zu gehören, wurden freundlich aufgenommen und hauptsächlich in Dimona angesiedelt. Als jedoch die Einwanderungswelle stärker wurde und in Dimona Einordnungsschwierigkeiten auftragen, wurde die Bewegung vom Innenministerium gestoppt.

Heute leben rund fünfhundert schwarze Hebräer in Dimona und haben sich dort so gut eingelebt, dass sie auch am kulturellen Leben des Landes teilnehmen. Einer der Führer der Sekte, Jeschajahu Blackwell, hat einen Chor gegründet, den Chor der schwarzen Hebräer in Israel. Vor einigen Tagen gaben die singenden „Black Hebrews" mit nicht geringem Erfolg ihr erstes öffentliches Konzert in Tel Aviv.

Jeschajahu Blackwell stammt, wie die meisten Angehörigen dieser Sekte, aus Chicago. Dort trat er als Sänger, Tänzer und Conferencier in Nachtlokalen auf. Eines Nachts erschien ihm der Gott der Hebräer im Traum und verkündete ihm, dass er dem hebräischen Volk der Bibel entstamme. Er gründete die Sekte der „Black Hebrews", deren Mitglieder überzeugt sind, dass sie das wahre jüdische Volk repräsentieren und daher auch Anspruch auf das Land der Väter haben.

Blackwell lebte achtzehn Monate lang in einem Kibbuz und ist der einzige schwarze Hebräer, der die israelische Nationalität erhalten hat.

Nach seinem Austritt aus dem Kibbuz trat er in Tel Aviv mit Erfolg als Sänger und Tänzer auf. Er verdiente genug, um seiner Frau und seinen sechs Kindern ein konfortables Leben zu bieten. Aber er hielt den Kontakt mit den Mitgliedern seiner Sekte aufrecht. Mehr noch als die Sprachen sind Musik und Gesang das natürliche Kommunikationsmittel zwischen Angehörigen der schwarzen Rasse. Wenn Blackwell anwesend war, bildete sich in Dimona spontan ein kleines Orchester das die Volkslieder aus der alten Heimat interpretierte und variierte. Blackwell nahm sich die Mühe, aus dem zusammengewürfelten Ensemble eine disziplinierte Künstlertruppe zu machen. Sie ist heute im ganzen Negev bekannt und beliebt und wird oft zu Festlichkeiten aller Art eingeladen. Jetzt haben die schwarzen Musiker von Dimona ihr Debut als Pop-Band mit künstlerischen Ambitionen absolviert. Ihr Repertoire enthält neben amerikanischer Pop-Musik auch moderne hebräische Lieder, die sie auf ihre Art interpretieren. Wir wünschen den schwarzen Musikern aus Dimona viel Glück und Erfolg auf ihrem neuen Weg und hoffen, dass sie in den kommenden Jahren genug Fortschritte machen werden um auf dem nächsten Musik-Festival als Interpreten der israelischen Folklore auftreten zu können.

Die eigenartigen Erklaerungen des Herrn Achenbach

Von ARNIM STILLER

Nicht zum ersten Male steht der Essener Rechtsanwalt und FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Wilhelm Achenbach im Zwielicht. Der ehemalige Diplomat, der zu jener Zeit an der deutschen Botschaft im besetzten Paris tätig war, als Kurt Lischka am gleichen Ort als stellvertretender Chef der Gestapo seine Verbrechen beging, hat sich am 10. Juli gleich in zwei Rundfunkinterviews gegen die Verabschiedung eines Gesetzes durch den Bundestag ausgesprochen, das eine Verurteilung von NS-Verbrechern ermöglicht, die bislang durch die Maschen der Gesetze schlüpften. Vielmehr sprach er sich sowohl im Westdeutschen Rundfunk als auch noch in französischer Sprache über ORTF dafür aus, dass nach 30 Jahren die Zeit gekommen sei, an eine Amnestie zu denken. Das sei, so meinte Herr Achenbach, seine „moralische Ueberzeugung", welche ein wenig seinem „Gewissen als Protestant" entspräche, da jetzt die Gnade den Vorrang vor der Strafe haben sollte.

Sicher lässt sich darüber streiten, ob solchen NS-Verbrechern, die inzwischen den grössten Teil ihrer Strafe verbüsst haben und krank sind, auf dem Gnadewege der Rest ihrer Strafe erlassen werden sollte. Aber es wäre doch wohl ein Skandal, solche Personen wie Lischka und viele andere straffrei ausgehen zu lassen. Der Sturm der Entrüstung gegen Ernst Wilhelm Achenbach ist daher im In- und Ausland beträchtlich. So hat u.a. eine Gruppe von Brüsseler Europabeamten — ehemalige Widerstandskämpfer und Opfer des Nazi-Regimes — in einer von Parlamentspräsident Cornelius Berkhouwes übersandten Petition den Ausschluss Achenbachs aus dem europäischen Parlament verlangt.

Bereits vorher hatten 15 französische Europa-Abgeordnete aller Fraktionen in einer an die Adresse Bonns gerichteten Erklärung die Beseitigung der Hindernisse bei der Strafverfolgung von Kriegsverbrechern gefordert.

Ernst Wilhelm Achenbach ist in Frankreich schliesslich kein unbeschriebenes Blatt. 1943 hatte Achenbach von Paris nach Berlin ein Telegramm gesandt, in dem er als Sühne für die Erschiessung von zwei deutschen Offizieren die Deportation von 200 französischen Juden ankündigte. Achenbach hatte nach dem Krieg dazu erklärt, er habe mit diesem Telegramm in Berlin lediglich Widerstandskreise warnen wollen, was ihm in Frankreich bis heute niemand geglaubt hat.

Zehn Jahre nach der Absendung jenes Telegramms hatte Achenbach schon wieder im Zwielicht gestanden, als er die Verteidigung von Dr. Werner Naumann, dem ehemaligen Staatssekretär aus dem NS-Reichspropagandaministerium übernommen hatte. Damals musste er zumindest den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss der FDP niederlegen. Jetzt wartet die Öffentlichkeit allerdings mit Recht darauf, dass Achenbach endlich im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages als Berichterstatter des NS-Verfolgungsgesetzes abgelöst wird, für dessen Annahme er im Bundestag nicht stimmen wird.

Dass er von einem solchen Gesetz nichts hält, hat er in seinem Interview für ORTF „als erfahrener Anwalt" bereits ausgesprochen. Darin meinte er nämlich, dass heute ein gerechtes Urteil nicht mehr gefällt werden könne, da die Hälfte der Zeugen inzwischen gestorben seien, das dritte Viertel der Zeugen sich an nichts mehr erinnere und das vierte Viertel sich an etwas erinnere, wobei recht zweifelhaft sei, „ob dies auch stimmt". Die Richter, Staatsanwälte und Verteidiger, die sich dann mit dem jeweiligen Fall zu beschäftigen hätten, hätten vielleicht während des Zweiten Weltkrieges noch nicht einmal gelebt.

Alles das plauderte Herr Achenbach munter über ORTF. Nicht wenige seiner Hörer müssen sich von ihm auch noch verhöhnen lassen, denn nach Meinung dieses „erfahrenen Anwalts" sind heutige Zeugenaussagen über NS-Gewaltverbrechen nichts mehr wert. Von der jungen Generation der Juristen scheint Herr Achenbach überhaupt nichts zu halten. Ihm wäre es offenbar lieber, wenn ehemalige Nationalsozialisten sich als Richter und Staatsanwälte mit den Strafsachen zu befassen hätten, in denen es um NS-Gewaltverbrechen geht.

Achenbach hat in seiner Erklärung für ORTF jedoch noch einige Sätze gesagt, die nicht unwidersprochen hingenommen werden können. Wörtlich erklärte er: „Es gibt offensichtlich Leute, die die Vergangenheit nicht vergessen können. Es gibt sogar eine Art Krankheit, die sich die Verfolgungssucht nennt. Und dieser Virus ist ausserordentlich hartnäckig. Es ist mit ihm fast so wie mit dem Krebs."

Wenn es nach Achenbach geht, sollte man also die Morde an Millionen Unschuldigen vergessen. Man sollte auch keinen jener Massenmörder mehr verfolgen, die noch ungestraft herumlaufen. Achenbach stellt alle diejenigen Menschen als unheilbar Kranke hin, die auf die Verfolgung krimineller Verbrecher dringen. Denn nichts anderes sind die NS-Verbrechen. Der „erfahrene Anwalt" Achenbach hätte besser geschwiegen. Andererseits hat aus seinem Munde die Weltöffentlichkeit wieder einmal erfahren, was sie von einem leider noch nicht sehr kleinen Teil der deutschen Juristen zu halten hat.

HAUPTROLLE

John Lindsay, früherer New Yorker Bürgermeister, hat sich bereit erklärt, in Otto Premingers neuem Film „Rosebud" eine kleinere Rolle zu übernehmen. Lindsay wird einen US-Senator darstellen, dessen Tochter zu fünf Teenagern zählt, die von palästinensischen Terroristen auf einer entführten Luxusjacht festgehalten werden. Lindsay wurde eigenen Angaben zufolge von Preminger seit Monaten bedrängt, die Rolle zu übernehmen. Schliesslich habe er eine so hohe Gagenforderung gestellt, die Preminger habe abschrecken sollen, doch er habe sie in einem Telegramm akzeptiert.

Frankreichs Bauern haben Angst

Frankreichs Bauern fürchten um ihre Existenz. Überall zwischen Bretagne und Camargue sind die militanteren Vertreter der französischen Landwirte in den letzten Tagen auf die Strasse gegangen, um zu protestieren. Sie verhinderten die Einweihung einer neuen Autobahn zu den Schlössern an der Loire, hielten im Südwesten des Landes die Tour de France auf, verprügelten Fahrer ausländischer Lastwagen, die Agrarprodukte transportierten, und behinderten den Strassenverkehr mit Barrikaden.

Der Bauernaufstand wurde nicht etwa von einigen wenigen professionell Unzufriedenen oder von der politischen Opposition angezettelt. Er ist Ausdruck des bitteren Erwachens nach jahrelanger Euphorie, die zu Fehlplanung, Überproduktion und Verschuldung vieler Bauern und Genossenschaften geführt hat.

Am deutlichsten zeigen sich die Auswirkungen der Fehlplanung bei den Viehzüchtern. Die Regierung unterstützte die Rinderzüchter mit umfangreichen Subventionen. Wie die Bauern rechneten die Regierungsplaner mit künftigen fetten Gewinnen aus den Fleischverkäufen. Beide hatten jedoch die Rechnung ohne die Währungskrise gemacht. Die ehrgeizigen Pläne der Regierung aus Frankreich den Exporteur Nummer eins von Rindfleisch in die anderen Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft zu machen, hatten die vor wenigen Jahren noch ungesättigten grossen Märkte in den Nachbarländern vorausgesetzt. Als Frankreich nun erheblich mehr Rindfleischmengen auf den Markt brachte, war jedoch auf diesen Märkten kein Geld mehr da. Devisen wurden für andere Dinge wie Oel und Oelprodukte benötigt.

Die Ueberproduktion führte zum Anwachsen eines Fleischberges in den Kühlhäusern der Gemeinschaft, der nur noch vom seit Jahren nicht schmelzenden Butterberg übertroffen wird. Ähnlich ist die Lage der Weinbauern.

Die Schuld an den Fehlplanungen und offenbar zu hastigen Entscheidungen angesichts einer nur vorübergehend günstigen Marktlage für Frankreich lasten die Bauern nicht sich selbst, sondern der Regierung an. Ein von Präsident Giscard d'Estaing angekündigtes Hilfsprogramm wird als nicht ausreichend abgelehnt. Die Bauern verweisen dabei auf Kaufkraftverluste von 17 Prozent allein in diesem Jahr. Selbst wenn die Regierung mit dem zweistufigen Preisstützungsprogramm die Bauern für die nächsten Wochen beruhigen kann, steht deshalb neue Unrast im Herbst bevor.

Portugiesen raeumen Grenzstuetzpunkte

Die Portugiesen hätten in den letzten Tagen ihre äusserste Verteidigungslinie im Norden von Mozambique am Grenzfluss Rovuma im Norden Mozambiques aufgegeben, haben Johannesburger Zeitungen am Montag gemeldet. Im Zuge der Rückzugsbewegung, heisst es in den amtlich nicht bestätigten Berichten, seien sechs befestigte Lager geräumt und den nachstossenden Guerilleros überlassen worden. Die Zeitung „Rand Daily Mail" behauptete, die Räumung der Stützpunkte gehe auf die Weigerung ihrer Besatzungen zurück, weiter gegen den Frelimo zu kämpfen. Die Zeitung berief sich hierbei auf die Aussagen von Offizieren im Hauptquartier Nampula. Am Wochenende war schon gemeldet worden, dass sich zweitausend Soldaten nach Beendigung ihrer Ausbildung in Mozambique geweigert hätten, ihre Kasernen zum Abtransport in die Kampfzonen zu verlassen.

Durch die Frelimo-Attentate ist die Eisenbahnstrecke zwischen *Beira und Moatize bei Tete am* Montag schon wieder unterbrochen worden. Der Verkehr auf dieser Linie, die auch Transporten zur Baustelle des Cabora-Bassa-Staudammes dient, musste eingestellt werden, nachdem Sprengladungen an 27 Stellen die Schienen unterbrochen oder beschädigt hatten. Es war der vierte Anschlag auf die Strecke seit dem 11. Juli. In vier Orten Mozambiques waren in den letzten Tagen Bombenanschläge verübt worden, bei denen ein sieben Jahre altes Mädchen umkam und zahlreiche Personen verwundet wurden.

In Brazzavillee, der Hauptstadt der Volksrepublik Kongo, werden in Kürze geheime Verhandlungen über die Zukunft der portugiesischen Exklave Cabinda, die nördlich der Kongo-Mündung liegt, beginnen, meldet die portugiesische Nachrichtenagentur ANI am Montag aus Luanda. „Ein portugiesischer Emissär wird nach Brazzaville fliegen, um mit der dortigen Regierung Gespräche zu führen. Cabinda wird von Angola aus verwaltet. Es hat 80.000 Einwohner und ist wirtschaftlich wegen seiner Erdölvorkommen wichtig. Die Förderung entspricht dem Oelbedarf Portugals von acht Millionen Tonnen im Jahr.

Der komplizierte Weg zum Impeachment

Das Verfahren gegen Nixon enthaelt noch viele Unwaegbarkeiten

Die Möglichkeit, dass zum zweitenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ein „Impeachment"-Verfahren gegen einen amerikanischen Präsidenten eingeleitet wird, ist in den vergangenen Wochen und Monaten immer grösser geworden.

„Wegen Hochverrats, Bestechung oder anderer schwerer Verbrechen und Vergehen" können nach Artikel II Absatz 4 der amerikanischen Verfassung von 1789 der Präsident, der Vizepräsident, die Minister und hohe Staatsbeamte „impeached", also amtsenthoben werden. Dass es jedoch bis dahin ein weiter und komplizierter Weg ist, zeigt schon die Tatsache, dass in den knapp zwei Jahrhunderten moderner amerikanischer Geschichte dieses Verfahren lediglich zwölfmal bis zum Ende durchgefochten worden ist und nur viermal mit einem Schuldspruch abschloss. In diesen vier Fällen waren Bundesrichter betroffen, zuletzt 1936. Der bisher einzige Versuch, einen Präsidenten durch „Impeachment" aus seinem Amt zu entfernen, scheiterte 1868 gegen Andrew Johnson, den Nachfolger des ermordeten Lincoln. Dieser Fall hatte auch die Gefahren aufgezeigt, die damit verbunden sein können. Denn die Anklage gegen Johnson, darin herrscht heute weitgehend Einigkeit, war ein politischer Racheakt des Kongresses wegen der vom Präsidenten nach dem Bürgerkrieg betriebenen Rekonstruktionspolitik. Die Abgeordneten warfen Johnson vor, er habe die strengen Massnahmen des Parlaments gegen die Rebellen zu mildern versucht oder sie gar nicht ausgeführt.

Eine Stimme fehlte damals an der im Senat benötigten Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Senatoren. Aber so weit ist das Verfahren gegen Richard Nixon noch lange nicht. Jetzt



hat sich erst einmal der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses, der im Zusammenhang mit den im weitesten Sinn als „Watergate-Skandal" bekanntgewordenen Vorgängen seit rund einem halben Jahr Beweismaterial gegen den Präsidenten sammelte, zahllose Zeugen befragte, sich mehrheitlich für eine Weiterleitung des Vorgangs an das Plenum entschieden. Nun wird das Repräsentantenhaus, dem 435 Abgeordnete aus den amerikanischen Wahlkreisen angehören, seine Funktion als Untersuchungs- und Anklagebehörde wahrzunehmen haben und — voraussichtlich bis Ende August — darüber entscheiden, ob es dem Senat, dem Oberhaus oder der Länderkammer die Amtsenthebung des Präsidenten empfiehlt. Im Repräsentantenhaus genügt die einfache Mehrheit; von den 10 Senatoren (zwei aus jedem Bundesstaat) müssten, falls alle anwesend sind, wie zu Zeiten Andrew Johnsons zwei Drittel für das „Impeachment" stimmen. Gegenwärtig gehören 57 Senatoren den Demokraten und 43 den Republikanern an. Zehn Stimmen von Parteifreunden des Präsidenten würden die erforderliche Mehrheit sichern, vorausgesetzt, alle Demokraten stimmten gegen Nixon.

Die Beratung im Senat könnte frühestens im September beginnen und würde rund zwei Monate dauern. Den Vorsitz würde der Oberste Bundesrichter der Vereinigten Staaten, der 67 Jahre alte Warren Burger aus Minnesota, übernehmen. Eigentlich hat ihn der Vizepräsident Ford inne, er müsste ihn aber in diesem Fall abgeben, da er als möglicher Nachfolger des Präsidenten in einen Interessenkonflikt geraten könnte. Das Verfahren im Senat würde wie ein ordentliches Gerichtsverfahren, also öffentlich und mit Staatsanwalt, Verteidigern und Zeugen, ablaufen. Jeder einzelne Senator müsste a[...] parteiische Rechtsbindun[...] Einklang mit der Verfassu[...] den Gesetzen" vereidigt v[...] Am Schluss würde dann e[...] heime Abstimmung über [...] Anklagepunkt stehen. [...] Schuldspruch würde für [...] ausser Amtsverlust auc[...] dauernde Unfähigkeit zur [...]dung eines öffentlichen [...] nach sich ziehen.

Noch in diesem Jahr [...] ein „Impeachment"-Ve[...] gegen Richard Nixon z[...] geführt werden. Es ist a[...] von allen Unwägbarkeit[...] verschiedenen Abstimmu[...]zeduren einmal abgese[...] auch schon bald eine weit[...]de Verzögerung möglic[...] Oberste Bundesgericht (S[...] Court) hat am Mittwo[...] schieden, dass Nixon der [...]rung des Senats-Sonderar[...] Jaworski Folge leisten [...] sätzliches Beweismaterial [...] geben muss. Dieses wi[...] möglicherweise erst vor [...]gress geprüft werden müs[...] die „Impeachment"-F[...] fortgeführt werden kann [...] der Präsident sich aber e[...]chen Entscheidung des S[...] Court widersetzen, so [...] daraus ein zusätzlicher G[...] eine Amtsenthebung ents[...]

Es gibt also immer no[...] auch zeitliche, Unwägb[...] Die Väter der amerik[...] Verfassung haben das In[...] des „Impeachment" mit [...] so konstruiert, dass [...] schwer zu handhaben ist



111.

Heute war sie mit Stadtbahn und Strassenbahnen in die Stadt gefahren, um zu ihrer Schneiderin zu gehen und noch andere Dinge zu erledigen, wie sie Flemming gesagt hatte. Sie brauchte den Wagen nicht, sie konnte sehr gut auch wieder mit Strassenbahnen und Stadtbahn in die grosse, vielzimmerige Villa am Rande des Lainzer Tiergartens zurückkehren. Nora Hill war seit einer Woche in Wien. Diesmal hatte sie Zeit vergehen lassen, bevor sie Valerie Steinfeld anrief und sich mit ihr verabredete.

„Riesenrad. Morgen. 14 Uhr 30. Bei der Kasse."

Valerie war pünktlich gewesen. Sie trug einen Breitschwanzpersianer — Pauls Weihnachtsgeschenk 1937! —, einen kleinen schwarzen Hut und darunter ein schwarzes Kostüm. Sie war glücklich, Nora wiederzusehen.

Kaum hatte sich das Rad in Bewegung gesetzt, fragte Valerie natürlich nach ihrem Mann.

„Es geht ihm ausgezeichnet, er ist sehr glücklich über Ihren Entschluss, den Prozess zu führen, und er schickt Ihnen all seine Liebe."

Licht fiel blendend durch die Fenster der Kabine und liess Valeries blondes Haar aufleuchten, das unter dem Hut hervorquoll.

„Und er ist gesund?"

„Vollkommen."

„Seine Leber?"

„In Ordnung. Machen Sie sich keine Sorgen. Er hat viele gute Freunde, die sich um ihn kümmern."

„Das ist schön. Davor habe ich nämlich Angst gehabt, dass er sehr einsam sein wird in London."

Die Kabine, gross wie ein Strassenbahnwagen, war nun bereits zeimlich hoch gestiegen. Häuser in der Tiefe, Menschen und Strassen wurden kleiner und kleiner. Immer neue kamen ins Bild, Kirchen, der Donaukanal, der Strom, die Brücken über ihn. Die Kabine bewegte sich lautlos. Mächtige Eisenträger des Rades glitten an den Fenstern vorüber.

„Wann fliegen Sie wieder nach Lissabon?"

„Ende des Monats. Ihr Mann ist natürlich begierig zu erfahren, wie der Prozess angefangen hat. Geht alles gut?"

Valerie sah Nora an.

„Könnte nicht besser gehen!" sagte sie strahlend.

„Und was macht Heinz?"

„Der ist begeistert."

„Ich habe es Ihnen im voraus gesagt. Weil er den Vater hasst."

„Ja", sagte Valerie. Sie fuhr schnell fort: „Nach dem Krieg wird das natürlich anders werden, der Bub ist nur verhetzt. Ein guter Bub! Wenn wir erst alle wieder glücklich zusammen sind, wird er seinen Vater gern haben wie früher, wie vor 38. Ganz bestimmt! Das soll Ihr Freund meinem Mann sagen, bitte."

„Gewiss."

„Und dass Heinz ein ausgezeichneter Schüler ist", fuhr Valerie mit betont fröhlicher Stimme fort. „Und dass der Direktor ihn jetzt besonders freundlich behandelt, seit er weiss, dass ich den Prozess begonnen habe."

„Er weiss das?"

Valerie nickte eifrig.

„Ich habe ihn besucht, mit dem Doktor Forster. Ein wunderbarer Anwalt übrigens! Und ihn informiert. Ich war auch beim Gauleiter. Na, die haben Augen gemacht! Und von einer Höflichkeit waren sie!" Valerie lachte wieder herzlich. „Besonders der Friedjung, der Direktor der Chemieschule! Küss die Hand vorn, gnädige Frau, und küss die Hand hinten! Er hat so etwas direkt erwartet, sagte er. Er hat sich nie vorstellen können, dass Heinz kein Arier ist. Dafür turnt er zu gut!"

„Das hat er gesagt?" Nora beobachtete Valerie aufmerksam.

„Ja!" Ohne jede Hemmnung sprach die schlanke Frau mit den blauen Augen. Ist das Erregung, Freude, das diese Augen feucht glänzen lässt? überlegte Nora. „Der Direktor behandelt Heinz wie ein rohes Ei! Solange der Prozess läuft, und der kann lange laufen, sagt Forster, wird dem Buben nicht das Geringste geschehen. Endlich muss ich mir keine Sorgen mehr machen. Es war eine wunderbare Idee von meinem Mann."

„Mein Freund wird ihm alles erzählen. Es freut mich für Sie, dass alles so gut geht, Frau Steinfeld", sagte Nora. Nun war der Waggon schon sehr hoch gestiegen. Wie Spielzeug sah alles in der Tiefe aus, die Berge des Wienerwaldes, die weisse Weite hinter der *Donau waren zu erblicken. „Und was ist mit Herrn* Landau?"

„Oh, Martin!" Valerie lachte. „Der ist wie verwandelt! Mutig auf einmal, tapfer, frech, ja richtig frech! Den haben wir alle verkannt. Der leidet jetzt nur darunter, dass er in der Partei ist. Darum hat er sich geradezu auf diesen Prozess gestürzt! Genauso wie die Zeugen, die wir brauchen! Seine Schwester hasst die Nazis! Die wird natürlich alles beschwören, was nötig ist! Und die Agnes Peintinger! Und die Frau Lippowski ..."

„Wer?"

„Bei der haben wir gewohnt, als Heinz geboren wurde. Eine alte Dame. Aber so etwas von mutig! Und wie ich Ihnen helfen werde, Frau Steinfeld, hat sie gesagt. Ich war selber mit einem Juden verheiratet, einer Seele von einem Menschen! Auf mich können Sie sich verlassen! Ja, das hat sie gesagt. Alle halten zu mir und zum Paul! Das muss er wissen!"

Immer noch stieg die Kabine aufwärts, immer mehr Sonnenschein durchflutete sie.

Valerie öffnete ihre Handtasche und kramte darin. Sie sagte: „Das ist wirklich ein idealer Treffpunkt. Kein Mensch kann uns hier belauschen. Und ich will Ihnen alles zeigen. Sehen Sie! Durchschläge, die ich vom Doktor Forster bekommen habe. So fing[...] Das war die Klage, die er eingereicht hat. [...] gab Nora einige dünne Papiere.

Nora überflog die Seiten.

‚An das Landgericht Wien I., Justizpalast. [...]gende Partei: mj. Heinz Steinfeld ... mit Be[...] des Amtsgerichtes Währing 6 G 503/42 von [...] 1942, vertreten durch seine Mutter Valerie [...]feld ... diese vertreten durch Rechtsanwalt D[...] Forster, Wien I., Rotenturmstrasse 143 (Vo[...] vom 24.10.1924) ... Beklagte Partei: Ein zu[...]digung der ehel. Geburt und blutmässigen A[...]mung zu bestellender Kurator ... KLAGE [...] Bestreitung der ehel. Geburt und wegen blutr. [...] Abstammung ... Streitwert RM 2500 ...'

„Da haben wir die ganze Wahrheit auf de[...]gestellt und behauptet, dass ich immer sch[...] schlechte Ehe geführt habe ... Aber das [...] Paul doch wollen! Wenn er das lesen könnte, [...]de lachen müssen!" sagte Valerie und lachte [...] wieder. Sie wies mit dem Finger. „Hier, zu[...]spiel ... ‚Die Verschiedenheit im Wesen der [...] Ehegatten' ... Da kommen viele solche Sach[...] Grossartig, nicht?"

„Grossartig", sagte Nora. Sie bemerkte, d[...]leries Hände zitterten. Valerie bemerkte, das[...] es bemerkte. Sie lachte wieder. „Aufgeregt, [...] so aufgeregt, weil alles so gut geht! Der [...] den wir kriegen, ist auch ein Antinazi, sagt [...] Kann man überhaupt so viel Glück haben?"

Nun hielt die Kabine am höchsten Punkt ihr[...] an, leicht schaukelnd. Jede Kabine hielt hi[...] Minuten lang. Die Millionenstadt lag in de[...] Menschen waren nicht mehr zu sehen, die [...] winzig klein, die Berge des Wienerwaldes san[...]gel, die Donau war ein Bächlein.

Ein Lautsprecher schaltete sich ein.

Metallisch, leiernd, von einer Platte oder [...] erklang eine ölige Männerstimme. Sie ertönt[...] dem Waggon, der den Zenit der Bahn erreicht[...]

„Das Wiener Riesenrad, ein Wahrzeic[...] Hauptstadt der Ostmark und en Symbol für d[...] berühmten Prater, bildet mit seiner weithi[...]baren *Silhouette einen besonderen Anziehun[...]* für alle Besucher Wiens. Man war nicht in Wie[...] man nicht mit dem Riesenrad gefahren ist ..."

„Ich muss Ihnen gratulieren", sagte Nora, [...] die Stimme leierte.

„Ach, mir! Natürlich bin ich auch sehr [...] aber Paul! Paul wird erst froh sein, nicht wah[...] fliegt Ihr Freund wieder nach London?"

„Bald nach meiner Rückkehr."

„Mein Gott, er soll Paul nur alles genau[...]len! Wie gut alles geht ... nichts vergessen [...] dürfen auch nichts vergessen!"

„Kein Wort", sagte Nora und las, die Seite[...] fliegend: ‚... Paul Steinfeld vereinigte nicht [...] Wesen, sondern auch dem Aeusseren nach in [...] leicht erkennbarer Weise die typischen Merkm[...] jüdischen Rasse ... Beweis: zahlreiche vor[...]de Fotografien, Aussagen von Zeugen ...'

„... Das Wiener Riesenrad wurde 1896 [...] englischen Ingenieur Walter Basset errichtet. [...] demselben Konstrukteur gebauten Riesenräder [...]cago, London, Blackpool und Paris wurden [...]getragen und verschrottet. Nicht so das Wie[...]senrad ..."

(Fortsetzung folgt)

KURZ NOTIERT

Deutsch wird vom 1. Januar 1975 an auch offizielle Sprache der europäischen Rundfunkunion neben Englisch und Französisch. Dieser Beschluss der Generalversammlung kam auf Antrag der deutschsprachigen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland, Oesterreich und der Schweiz zustande, die deutlich gemacht hatten, dass es hier nicht um nationales Prestige, sondern darum gehe, deutschsprachige Experten der Arbeit der Union nutzbar zu machen.

„Der Rattenfänger" heisst das neue Stück von Carl Zuckmayer, eine Interpretation der alten Volkssage. Die Bühnenmusik schreibt Gottfried von Einem, d. Züricher Schauspielhaus erwarb die Rechte zur Uraufführung. Regie führt Leopold Lindtberg, die Titelrolle bei der Premiere im März 1975 spielt Helmut Lohner.



Inflation trifft den Bettelsack

s Bettler werden här- e andere Berufsschicht nflation betroffen, zu- ert der in ihren Töp- oder Pappschachteln Münzen ständig ab- keine Chancen auf höhung" bestehen. twa in Saigon passiert, ettler einem Europäer, nungslos ein tatsäch- einen geringen arstellendes Zehn- überlassen hat, die end nachwirft, so ha- s Bettler Mitte Juni Massnahmen gesetzt. iteres Absinken ihres hon minimalen Ta- nens durch die In- verhindern. Die Bett- ion von Bangalore s Beggars Associa-) hat die Zentralre- New Delhi aufgefor- Münzen im Wert von wei Paisa (umgerech- e Aguroth)einzuzie- dass damit ihre Kunden, die ihr Ge- solchen Minimalspen- gen. gezwungen wer- Münzen höheren den mit heulender ffneten Bettelsack rie- en.

weifelte Aktion der Bettler beweist, dass n in erster Linie die ärmsten Schichten es trifft. jedoch die h gut oder sehr gut chichten weniger be- ist jedoch kaum zu dass die Regierung lhi diesem mehr als t erscheinenden Armen der Ärmsten ntsprechen wird, zu- derzeit mit anderen — einer Nuklearex- ie einer verheerenden ne — beschäftigt ist. e die Einziehung der Münzen beim Aus- indischen Geldzirku- Bürokratie einen un- rwaltungstechnischen fordern und der Kor- Bestechung die Tü- Es ist zu erwarten, ndiens Bettler weiter- er Handvoll Paisa- Tag begnügen wer- en, für die sie sich l eine Handvoll Reis nen.

her mit einer stärke- erung dieser Gruppe die trotz ihrer tra- Apathie und physi- äche schon bei eini- strationen der ver- Monate mitgewirkt den Verlustentgang nflation wieder wett- nd um schlicht und iberleben, werden die Bettler eine noch ef- Arbeitsteilung treffen hon jetzt ist es so, dass etwa die Ausländerhotels in Bombay prinzipiell nur von Bettelkindern belagert werden, die eher in der Lage sind, dem Touristen einen Geldbetrag zu entlocken als ein apathisch in einer Ecke liegender siecher Mann.

VERSCHAEMT VOM TOURISMUS LEBEN

In Bangkok gibt es ebenfalls Bettler, die aber eher verschämt und verstohlen agieren. Der stark einströmende Tourismus scheint hier auch den Aermsten irgendeine Art von Job zu verschaffen. Sei es, dass sie nach den Autotüren schnappen und sie dann mit sonnigem Lächeln und gekrümmter anderer Hand öffnen. sei es, dass sie als Führer zu versteckten Lasterhöhlen dienen. Nur ganz selten wird eine ohne irgendeine Gegenleistung fordernd ausgestreckte Hand sichtbar.

In Vientiane und im belagerten Phnom Penh sind Bettler nicht zu bemerken, hingegen ist das Bettelunwesen in Saigon sehr stark entwickelt. Der Krieg hat Zehntausende von Flüchtlingen in diese Stadt geschwemmt, die alle keine Arbeit finden. Da es zu Hause nichts zu essen gibt, nehmen die Kinder meist bald Reissaus. Während der Weg der Mädchen in die Prostitution führt werden die Burschen entweder Schuhputzer, Autowächter oder Bettler. Wehe dem, der sein geparktes Auto nicht mit Piastern absichert. Ignoriert man die ausgestreckte Hand, findet man bei der Rückkehr aufgeschlitzte Reifen vor.

In Hongkong scheint das Bettelgewerbe in erster Linie von alten Frauen ausgeübt zu werden. Sie hocken am Strassenrand und strecken dem Passanten eine winzige Plastiktasse entgegen. Es ist ein Rätsel, warum diese Bettelschale so klein sind. Oft passiert es, dass die gespendete Münze ihr Ziel verfehlt und die abschüssigen Strassen der Stadt hinabzurollen beginnt, wo sie dann unten einem spielenden Kind oder einer Gemüsefrau in die Hände springt. Die kleinen Plastikschalen waren vielleicht für Fünf- oder Zehncentstücke berechnet und mochten bei gutem Zielvermögen des Passanten wohl ihren Zweck erfüllt haben. Nun, da eine Fünfcentspende bei einer Inflation von 24 Prozent jährlich mehr oder minder sinnlos wäre und der Hongkong-Dollar respektablen Umfang hat, müsste den beschränkten, unorganisierten und diese Entwicklung nicht durchschauenden Bettlerinnen der Kolonie endlich jemand sagen, sich grössere Almosengefässe anzuschaffen. Niemand aber tut dies.

U.S.A. - EINMAL OHNE POLITIK

Von unserem Korrespondenten ROLF SIMON in San Francisco, Calif

Die vielen ungelösten innen- und aussenpolitischen Probleme der Vereinigten Staaten, die sich immer stärker bemerkbar machende Inflation und die durch die Watergate-Affäre verursachte allgemeine politische Skepsis und Apathie haben auch entscheidend die persönliche Stellungnahme des Durchschnittsbürgers beeinflusst. Das Harris-Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung, das seit dem Jahr 1966 u. a. auch die staatsbürgerliche Einstellung der Nordamerikaner untersucht, kam bei der Auswertung ihrer Daten für das Jahr 1973 zu interessanten Feststellungen.

Auf die allgemeine Frage, ob sie mit der Regierung, mit der Politik und mit der Wirtschaft zufrieden seien oder nicht, erklärten sich im Jahr 1966 29 Prozent der Befragten für unbefriedigt, 1971 waren es 42 Prozent und 1973 waren es 59 Prozent, also fast drei Fünftel. Waren der Vietnam-Krieg und die Wirtschaftslage schon vorher ein Grund zur Unzufriedenheit, erhöhte sich der Prozentsatz aber seit Präsident Nixons Regierungsübernahme, obwohl der Krieg durch ihn ein Ende fand, von 36 auf 59 Prozent. Auf die Frage, ob die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, antworteten 1966 45 Prozent bejahend, während es 1973 79 Prozent waren.

In bezug auf die Frage, ob die Steuergesetze ungerecht seien und nur die vermögenden Klassen begünstigen, antworteten 1972 74 Prozent bejahend und 1973 waren es 75 Prozent. Besonders vernichtend war das Urteil bei der Frage, ob die Leute, die das Land regieren, sich wirklich um den einzelnen kümmern: 1966 waren nur 26 Prozent der Meinung, dass die Politiker und Regierungsbeamten es nicht tun, während es im vorigen Jahr 63 Prozent waren. Auf die Frage, ob der Wähler der Meinung sei, dass seine Stimme noch irgendeine Bedeutung habe, antworteten 1966 37 Prozent mit Nein, während es 1973 60 Prozent waren. Und der Prozentsatz der Bürger, die das Gefühl haben, dass sie überhaupt nichts mehr zu sagen haben, stieg von neun Prozent im Jahr 1966 auf 32 Prozent im Jahr 1973. Den stärksten Grad des Missbehagens verzeichnete man bei den Eiswohnern der Vororte der grossen Städte, deren Prozentsatz von 22 auf 58 Prozent stieg, während er bei den jugendlichen Erwachsenen bis zu 30 Jahren im allgemeinen am auffälligsten war, die von 24 Prozent auf 62 Prozent bei der Bemessung ihrer Unzufriedenheit stiegen.

* * *

Was hat der berühmte spanische Maler Francisco Goya (1746-1828) mit dem Weltpostverein zu tun? Mögen sich darüber die Sachverständigen den Kopf zerbrechen, die philatelistische Kommission, die für die Gestaltung der Briefmarken verantwortlich ist, brachte auf jeden Fall ohne Angabe von Gründen eine bunte Marke mit einem von Goya gemalten Porträt anlässlich des 100-jährigen Bestehens dieser wichtigen internationalen Organisation heraus. Die einzige Verbindung zu dem Thema scheint zu sein, dass der auf dieser Marke Porträtierte einen Brief in der Hand hält.

* * *

Einen „Bestseller" eigener Art veröffentlichte der New Yorker Verlag Crown. Unter dem Titel „The Nothing Book" veröffentlichte er einen Band von 160 absolut unbedruckten Seiten und setzte davon bisher 25.000 Exemplare zum Preis von je drei Dollar ab. Da diese Auflage restlos ausverkauft wurde, bereitet er eine neue in der gleichen Höhe vor.

* * *

Die Détente marschiert: Die Kreditkarte der Bank of America, der grössten Privatbank der Welt, wird von der Sowjetunion als Zahlungsmittel anerkannt und in Moskau und Leningrad und weiteren 31 Städten in Hotels und Geschäften akzeptiert, wenn sie von amerikanischen Touristen vorgelegt wird.

* * *

In Palestine, Texas, wurde ein neuer Flugplatz für Ballonaufstiege eingeweiht, dessen Konstruktion fast eine Million Dollar kostete. Er wird von der „National Scientific Balloon Facility" betrieben, die in den letzten elf Jahren 926 Ballons für 35 Universitäten, 23 wissenschaftliche Institute und 20 ausländische Gruppen startbereit machte.

* * *

Um der Epidemie der Geschlechtskrankheiten Einhalt zu gebieten, schlug eine Studiengruppe dem Gesundheits-Department in Washington vor, neue Methoden betreffs der Identität der Personen einzuführen, die venerisch erkrankt sind, sich aber keiner Behandlung unterziehen und deshalb für die Weiterverbreitung verantwortlich sind. Als wichtigste Massnahme schlägt sie vor, dass erkrankte Personen sich anonym per Telephon mit einem autorisierten Arzt in Verbindung setzen können, der ihnen durch einen ebenfalls autorisierten Apotheker die Gegenmittel zukommen lässt.

Bei einer Debatte im Repräsentantenhaus kam ein Programm zur Sprache, das man in Philadelphia mit Bundesgeldern durchgeführt hatte. Man hatte dort etwa 36.000 armen Schülern der „High Schools", also meistens Negern, Gutscheine gegeben, die sie gegen Kondome eintauschen konnten.

In letzter Zeit wurden von der zuständigen Behörde Hunderttausende von IUD aus dem Handel gezogen, das sind kleine Geräte aus plastischem Material oder aus Metall, die Frauen in die Gebärmutter einführen, um eine Schwangerschaft zu verhüten. Die Praxis hat gezeigt, dass diese „devices" gefährlich und oft sogar lebensgefährlich sind. Auf der anderen Seite müssen die Hersteller dieser Geräte und die Fabrikanten der „Pill" bei ihren Instruktionen von jetzt ab besonders darauf hinweisen, dass diese keinen Schutz gegen Geschlechtskrankheiten darstellen, wie es fälschlicherweise noch von vielen Personen, meist Jugendlichen, angenommen wird.

* * *

Eines der grössten Schwindelmanöver aller Zeiten flog auf, als man die Tätigkeit der „Home-Stake Productions Company" in Tulsa, Oklahoma, untersuchte. Deren Gründer und Leiter, Robert S. Trippett, erzählte den wichtigsten Führern des Wirtschaftslebens und prominenten Persönlichkeiten aus Regierung, Politik und der Unterhaltungs-Industrie, dass sie fabelhaft verdienen und ausserdem noch „Löcher" für ihre Steuererklärungen finden könnten, wenn sie ihm Gelder für erfolgverheissende Petroleumbohrungen anvertrauen würden. Es gelang ihm tatsächlich, in kurzer Zeit etwa hundert Millionen Dollar einzunehmen. Sein prominentestes Opfer war Eard W. Kintner, der ehemalige Vorsitzende der Bundeskommission für Handel, der auch ein Buch über Täuschungsmanöver im Geschäftsleben geschrieben hat. Dieser „Fachmann" büsste 127.000 Dollar ein.

* * *

„Only in San Francisco": Diese Stadt am Pazifik ist ein bevorzugter Platz für „conventions", für Tagungen und Zusammenkünfte der verschiedensten Art. Die drei wichtigsten in letzter Zeit waren 1) die erste „convention" der Prostituierten, die von der in San Francisco gegründeten Organisation „Coyote" einberufen wurde. An ihr nahmen Vertreterinnen des ältesten Gewerbes der Welt aus dem ganzen Lande teil, um eine soziale und juristische Besserstellung zu erreichen. Die zweite „convention" war eine Tagung der Homosexuellen beiderlei Geschlechts, die das gleiche Ziel verfolgen und die eine Parade durch das Stadtzentrum veranstalteten. Die dritte „convention" war etwas ernster zu nehmen, denn sie war die internationale Tagung der „Lions", die Delegationen aus allen Erdteilen geschickt hatten, unter denen sich auch solche aus West-Deutschland, Oesterreich, Argentinien und Uruguay befanden.

* * *

Ein eigenartiges Urteil gab das Oberste Bundesgericht in Washington ab, als es sich weigerte, das Urteil eines untergeordneten Gerichts zu revidieren, das in dem Verfahren „Harold Weisburg vs. FBI" zugunsten der Bundeskriminalpolizei entschieden hatte. Der betreffende Mann, Verfasser von vier Büchern über die Ermordung des Präsidenten Kennedy, verlangte von der FBI unter Berufung auf das Gesetz betreffs Informationsfreiheit eine Abschrift der Spektralanalyse der Kugeln, die Kennedy getötet hatten. Die FBI erklärte dazu, dass sie diese nicht geben würde, da sie zu einer rein polizeilichen Untersuchung gehöre, welche, bei einer eventuellen Bekanntgabe, die wirksame Arbeit dieses Amtes stören könnte. Die Haltung der FBI wurde durch die oben erwähnte Entscheidung unterstützt.

In Nashville, Tennessee, wird James Earl Ray, der Mörder von Dr. Martin Luther King, in strenger Einzelhaft gehalten. Aber es gelang ihm endlich, eine Revision seines Prozesses in die Wege zu leiten, nachdem sein neuer Verteidiger Robert Livingston erklärte, dass zwei gedungene Mörder die Tat begangen hätten und Ray unschuldig sei.

In Los Angeles behaupten immer noch Personen, dass sie bei der Ermordung von Senator Robert Kennedy Schüsse aus zwei verschiedenen Richtungen gehört hätten, sodass also der jugendliche Araber Sirhan Sirhan nicht der Alleintäter gewesen sein könnte. Seinerseits gab das Justiz-Department in einer Erklärung vor einem Gericht in Detroit zu, Sirhans Anwalt Abdeen M. Jabara zwischen 9. Oktober 1972 und 16. November 1973 mittels elektronischer Geräte überwacht zu haben. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekannt, dass Jabara, der Sohn von libanesischen Einwanderern, schon seit 1967 von der FBI beschattet wird: er ist einer der Gründer der „Association of Arab-American University Graduates", einer Organisation, die sich in Universitätskreisen anti-zionistisch betätigt.

* * *

Eine einfache Feststellung: „Für die reichen Leute sind die Inflation, die Energie-Knappheit, die steigenden Lebensmittelkosten und die Arbeitslosigkeit irritierend und im schlechtesten Fall eine Unannehmlichkeit. Aber für die armen Leute sind sie eine Katastrophe." (James Reston von der „New York Times").

DENKMAL FUER ARMSTRONG



Eine Büste von Louis Armstrong enthüllte Fürstin Gracia von Monaco während eines Jazz-Festivals in Nizza. Ehrengäste waren die Witwe Armstrongs und der Buergermeister von Nizza.

HEKEN- UND AERZTEDIENST

achts bis 23.00 Uhr: e 72, Tel. 286740. 217, Tel. 223488. levy 67, Tel. 612474. Gan und Umgebung: Katznelson 151. 1. k: Kikar Hajeschiwa Tikwa: Stamper 24. nd Umgebung: nach : Balfour 135. Trumpeldor 4 Schaar Chagai 14.

ewa: Merkas Gal Ed Derech Hanessiim. 21 Uhr: Hanassi 33, : ab 21 Uhr: 512233, Kirjat Elie-

ZTEDIENST: : Dr. Har Bwen , Tel. 443281. David Adom: Aerzte t T.-A., Tel. 614333 von 8 Uhr abends bis

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A MDA Tel 101 Gusch Dan MDA. Hagiljalstr 42 Tel. 781111. Ramat Gan: Aschdod: MDA. Tel. 22222: Natania: MDA. Tel 23333: Bat Jam: MDA Telefon 863333. Cholon: MDA Tel. 843132: Petach Tikwa: MDA Tel. 912333 Zfat: MDA, Tel 101: Rechowot: MDA. Telefon 951333 Rischon Lezion: MDA. Telefon 942333; Herzlia: MDA. Tel 981333; Haifa: MDA. Tel. 101: Jerusalem: MDA. Tel. 101 Arad: MDA, Tel. 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit: 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101 Dr Watts Allenbystr, 50, Tel. 50888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachasmonairstr, A, Tel. 248228

Kupat Cholim „Assaf": Tel-Aviv: Tel. 101; Gusch Dan: Tel. 781111; Bat Jam: Tel 863333; Cholon: Tel. 843133: Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt. Tel. 254630.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:
ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Snow-White and the Seven Dwarfs
DEKEL: Serpico
DRIVE-IN: 8.00—10.00: The Magic of Walt Disney World
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: Park of Love
LIMOR: Tom Sawyer
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: The Wedding Night of Dr. Daniel
ORDAN: Don't Look Now
OPHIR: The Outfit
ORLY: Abu-al-Banat
PARIS: Cries and Whispers
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Go West
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: The Three Musketeers
ZAFON: My Name is Nobody

RAMAT GAN:
KINO LILLY: 7.15 und 9.30 Uhr: Waterloo Bridge — Robert Taylor, Vivian Leigh (3. Woche); 4.00 Uhr: Tarzan,

JERUSALEM:
CHEN: My Name is Nobody
EDEN: The Sting
EDISON: The Way of the Tiger
MITCHEL: Deux Hommes Dans La Ville
ORNA: The Way we Were
HABIRAH: Don't Look Now
JERUSALEM: The Poseidon Adventure
ORGIL: Big Eyes
ORION: Sarit
SEMADAR: The Day of the Jackal
RON: Park of Love

HAIFA:
AMPHITHEATRE: I am a Nymphomaniac
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: Showdown
MIRON: The Invisible
ORDAN: Kazablan
MORIAH: Butterflies Are Free
ORION: Duel in Tiger Town
ORAH: Crazy Joe
ORLY: Bis Eyes
PEER: The Son of the Wolf
RON: Gone With the Wind
SCHAVIT: Dorian Gray

RADIO und FERNSEHEN

DIENSTAG, 30.7.1974

Nachrichten zu jeder Stunde. 8.05 „Musikalische Delikatessen": Beethoven, Schubert. — 9.05 Eine Stunde mit dem Geiger Arthur Grimio. 9.55 Nachrichten in englischer; 10.55 in französischer Sprache: 10.05 Musikalischer Klub der Sendeleitung: Berlioz. 11.00 Iwrit. 11.15 Für Schüler und Kinder in den Ferien. 11.45 Arabische Stunden. 12.05 Chorgesang. 13.05 Mittagskonzert. 14.10 Für Mutter und Kind. 15.05 Radioinformation: Astronomie. 15.30 Fragen und Antworten in der Literatur. 15.50 Schabbat-Bräuche. — 16.05 Eine Minute Hebräisch. 16.06 Klänge für Teenager: „Die Kraft der Musik". 16.55 Nachrichten in englischer, 17.55 in französischer Sprache. 17.05 Jazz. 17.45 Musikalisches Amusement, mit Schlomo Hed. 18.05 „Hier Mizpe Ramon". 18.55 Für den Landwirt. 19.25 Klassisch u. leicht. 19.50 Tenach. 20.05 Die Welt der Wissenschaft. — 20.30 „Israelisches Festival 1974" (Stereo)): Mozart. 23.05 ‚Dialog' mit Ora Tamari. 00.05 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik. 6.20 Musikalische Uhr. 6.59 Eine Minute Hebräisch. 7.25, 7.35 Lieder für Dich. 7.55 Grünes Licht. 8.10. 9.05 Morgenlieder. 10.05, 11.05 Für die Hausfrau. 12.05 Im Arbeitsrhythmus. 12.30 Hebräische Lieder. 13.05 Lieder u. Neuigkeiten. 14.10 Neue Aufnahmen und Platten. 15.05 Wunschprogramm orientalischer Musik. 15.52 Jüdische Begriffe. 16.05 Eine Minute Hebräisch. — 16.06, 16.35 Hebräische Auflage von ausländischen Chansons, 16.30 Kurzer Quizz. 17.05 „Mich belustigt es". 18.05 Lieder um ein Thema. 21.05 „Autorität" — Mord der jüdischen Schriftsteller in der UdSSR (Aug. 1952). 22.05 „Direkte Verbindung". 23.05, 00.05 „Ich bin Dein und Du bist mein" mit Ehud Manor.

Militärsender:

6.05, 7.05 Lieder und Grüsse. 8.05, 12.05, 17.05, 00.05 Zahalchronik. 9.05, 10.05 Grüsse mit einem Lied. 9.55 Einen Augenblick — Nathan Dunewitz. 10.55 Programm mit Uri Sela. 11.05, 12.30, 13.05, 13.35 ‚Warm und schmackhaft. 11.55 Programm mit Uri Dwir. 13.30 Josef Lapid. 13.55 Mitteilungen für Soldaten. 14.05, 15.05 Unterhaltungsprogramm. 17.40 Lieder. 18.05. 19.05 Programm-Variete. 20.05 Musikalisches Programm. 22.05, 23.05 Heute abend — direkte Uebertragung. 23.35 Mitternachtsgespräch. — 00.30, 01.05 Lieder.

Schulfernsehprogramm

10.00 Glitzert, doch ist nicht Gold (Im Pilpelhof). 10.20 Der älteste im Hause meines Vaters; Begegnung mit der Schriftstellerin Dvora Omer. 10.40 Handarbeit: Ruthi hat Geburtstag. — 16.00 Was Amir über Klopsi u. die anderen erzählt: Mathilde Kunz ist eine Frau alleine. 16.13 Englisch. 16.31 Jossi Stern zeichnet. 16.48 Film: Ken Heimann fotografiert. 17.01 Französisch.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten. 17.32 Informationsfilm. 17.42 Naturgeschichte-Serie — „Japan". 18.05 „Ich habe Zeit" — Was in den grossen Ferien anfangen? 18.30 Arabisches Programm. — 20.00 Tradition — Religiöse Einsiedler beim Kineretsee, in Migdal. 20.30 Mabat. 21.00 „Colombo": „Der Todesfaden". 22.10 Brennpunkt. 23.00 Tagesabschnitt — Nachrichten. 23.05 Informationsfilm.

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

אחרי ההתנחלות – התקפה מדינית

אחרי גמר מקרה ההתנחלות — למזלנו בלי אלימות — יש להסיק מסקנות. אבל תהיה זאת שגיאה טרגית אם תרפלה הדרישה להתחלת חקירה נוספת. אוכלוסית ישראל כבר אינה רוצה לשמוע על ועדות חקירה ומעוניינת בפעולה חיובית לעתיד.

הפעולה הזאת אינה יכולה להצטמצם בענין ההתנחלות אלה צריכה להתחשב במשא ומתן של שר החוץ אלון בארצות הברית. אמנם ממשלת ארצות הברית עסוקה בעניניה הפנימיים, אבל דוקא הלחץ הפנימי דוחף את הממשלה לפעולות בשטח מדיניות החוץ. ישראל תראה את עצמה בפני דרישות לויתורים נוספים, ועליה להתנגד בכל תוקף. אמנם הן ראש הממשלה והן שר החוץ הביעו את נכונותם לפשרות טריטוריאליות, אבל הצעותיהן הן רחוקות מאוד ממחשבות הערבים, וביחוד על ישראל לקבוע שאנו לא נבוא בשום פנים ואופן במגע עם ארגוני המחבלים. פעולה מדינית מאומצת והכנה צבאית נחוצות לנו ועל הממשלה לשלב אותן בצורה נבונה במסגרת של דרישות פריח ההתנחלות בארץ. על ממשלת רבין להוכיח שהיא אינה במבול של .הורים אלא הנהגה אשר עומדת בכל תוקפה על דרישותיה האלמנטריות של ישראל.

י.א.פ.

KEINE UNTERSUCHUNG — OFFENSIVE HALTUNG IST NOTWENDIG

Die unglückselige Affäre der Siedler von Sebastia ist beendet, und alle atmen auf, dass sie ohne Anwendung von Gewalt abgeschlossen werden konnte. Die Siedler verstiessen zwar gegen d. Regierungspolitik, aber sie sahen ein, dass sie sich nicht auf einen Kampf mit den Soldaten einlassen dürften, und nach einer sehr sachlichen Besprechung mit dem Generalstabschef ging die Räumung reibungslos vor sich.

Nun müssen Konsequenzen gezogen werden, aber es wäre ein tragischer Fehler, wenn bei uns wieder die Forderung nach einer Untersuchungskommission erhoben werden würde. Mit Untersuchungen sind wir nun zur Genüge gesegnet, die Bevölkerung ist ihrer müde, und sie will positive Aktionen für die Zukunft, statt sich mit rückschauenden Anklagen zu befassen. Wäre es zum Beispiel angenehm, wenn im Rahmen einer Untersuchung geprüft werden müsste, warum jüdische Jugendliche Araber im Schomron gegen die Ansiedlung in Sebastia aufzuhetzen versuchten, die an sich völlig still geblieben waren?

Die Konsequenzen, die unsere Regierung ziehen muss, können sich nicht allein auf das Gebiet der Ansiedlung beschränken. Sie müssen in erster Linie die Verhandlungen in Betracht ziehen, die der Aussenminister Allon in diesen Tagen in Washington führt. Die amerikanische Regierung ist zwar vollauf mit ihren inneren Problemen beschäftigt, aber gerade die unangenehmen innerpolitischen Ereignisse drängen das Regime Nixon, sich Erfolge auf dem weniger unerfreulichen Gebiete der Aussenpolitik zu suchen. Aussenminister Allon kann sich dort einer ganzen Serie von Verzichtsforderungen gegenüber sehen. Auf der einen Seite möchten die Aegypter erreichen, dass die Israelis möglichst bald den grössten Tel der Sinai-Halbinsel aufgeben, daneben drängt König Hussein auf Rückzug vom Jordan und möchte Jericho in seine Hand bekommen, um der Westuferbevölkerung anzuzeigen: „Ich bin da."

Sowohl Ministerpräsident Rabin als auch Aussenminister Allon haben in den letzten Tagen in Interviews klargelegt, dass Israel zum Frieden um den Preis territorialer Verzichte bereit ist, aber die Vorstellungen beider Politiker sind von denen der Araber himmelweit entfernt.

Gegenüber Aegypten lehnt Israel die blosse Rückkehr zu den Linien von 1967 entschieden ab. Gegenüber Jordanien möchte das Kabinett Rabin den Allon-Plan durchsetzen, der Hussein zwar die Verwaltung der bevölkerten Städte des Westufergebietes, aber Israel die militärische Kontrolle überlässt. Bis heute hat Hussein diese Gedanken mit aller Entschiedenheit abgelehnt und träumt von Rückkehr ins Westufergebiet einschliesslich des Ostteils von Jerusalem. In irgend einer Form wird Hussein seine Forderungen gegenüber den Amerikanern vorbringen und wird ihnen darlegen, dass er immer „noch besser sei" als die radikalen Palästinenser. Diese geistern auch in der Welt herum und wollen jetzt Unterstützung durch eventuelle Bildung einer Exilregierung gewinnen, die auf Anerkennung durch die arabischen Staaten, den Ostblock und einen Teil der Dritten Welt rechnen kann.

Man sieht — gewaltige aussenpolitische Probleme türmen sich vor der Regierung Rabin auf, die nur mit einer energischen, offensiven politischen Haltung antworten kann. Mit aller Deutlichkeit muss klar gemacht werden, dass für uns die Mörder von Arafat bis Jibril keine Verhandlungspartner sein können und dass wir auch die Forderung nach Truppenentflechtung durch Hussein ablehnen müssen. Die Regierung Rabin muss zeigen, dass sie nicht ein Kabinett der Verzichte ist, sondern die elementaren Forderungen Israels mit Nachdruck zu vertreten versteht. Gemäss den Warnungen von Rabin und Peres muss das Bestreben nach militärischer Bereitschaft und eine kluge Siedlungspolitik in diese Linie eingebaut werden, und alles muss vermieden werden, was zu weiteren inneren Streitigkeiten und Selbstzerfleischung führen kann.

J.E.P.

Block «Emunim» bereitet weitere Siedlungsaktionen vor

Der Block „Emunim", der zur Religiös-Nationalen Partei gehört und der hinter den Siedlern von Sebastia stand, bereitet nach der Erklärung eines seiner Sprecher, weitete Kolonisations-Aktionen vor. Nicht weniger als fünf Projekte sollen im Westufergebiet (Schomron und Jordansenke) in die Tat umgesetzt werden. Dies zeigt, dass die Entfernung der Siedler von Sebastia nur eine Pause, aber noch keine Beendigung der ganzen Affäre gebracht hat.

In gleichem Sinne sprachen sich Vertreter der Sebastia-Gruppe aus, die gestern nach Jerusalem zurückkehrten und sich in der Jeschiwat Merkas Haraw niederliessen. Sie bauten dort ein symbolisches Zeltlager auf. Einer ihrer Vertreter erklärte, die Gruppe sei schon zwei Jahre lang beisammen, und ihre Mitglieder hätten sich einige Male an die Regierung gewandt und sie um Ansiedlungserlaubnis gebeten, ohne Zustimmung zu bekommen. Nunmehr hätten sie zur Tat gegriffen.

Die Mitglieder der Gruppe wollen in Jerusalem eine Woche *lang warten und in dieser Zeit* vom Sicherheitsminister Ansiedlung im Lager Josef an der Grenze des Schomron und der Jordansenke verlangen. Falls die Regierung diese Zeit verstreichen lässt, so wollen sie selbst sich dorthin begeben.

Die Entfernung aus Sebastia hatte sich entgegen früheren Befürchtungen in aller Ruhe abgespielt. In der Nacht zu Montag hatten die Vertreter der Siedler eine Zusammenkunft mit Generalstabschef Gur gehabt, der die „Entfernungsoperation" persönlich dirigierte. Gemäss Beschluss der Führung der Gruppe gingen die Siedler nicht freiwillig, liessen sich jedoch ohne jeden Widerstand von den Soldaten fortziehen und in Autobusse setzen. Die Entfernungsaktion begann um sechs Uhr morgens und war nach etwa zwei Stunden abgeschlossen. Sprecher der Gruppe sagten, sie hätten vermeiden wollen, dass „Soldaten mit Soldaten" zusammenstossen.

Informationsminister Jariw wurde gefragt, ob in der erst gestern früh beginnenden Entfernung eine Verschleppung zu sehen sei. Er bestritt dies entschieden. Der Wunsch der Mitglieder der Gruppe nach einer Zusammenkunft mit dem Generalstabschef sei legitim gewesen und musste erfüllt werden. Es habe sich als zweckmässig erwiesen, den Abtransport erst morgens zu beginnen, und er habe sich reibungslos vollzogen. Einige Siedler hatten sich auf das Dach der Bahnstation von Sebastia begeben, um den Abtransport zu erschweren, aber auch sie leisteten keinen ernsthaften Widerstand.

ARIEL SCHARON GEGEN PERSOENLICHE RACHEAKTE

Der Knessetabgeordnete Ariel Scharon, der die Aktion der Siedler in Sebastia unterstützt hatte, wandte sich auf einer Sitzung seiner Partei (der Liberalen) entschieden gegen die Demonstration, die Gegner seiner Auffassung vor seiner Farm veranstaltet hatten. Er erklärte, es sei höchst bedenklich, dass man zu persönlichem Terror greife, wenn jemandem die politische Anschauung eines Politikers nicht passt. Wenn derartige Methoden um sich greifen, fallen wir „in die dreissiger Jahre" zurück.

Scharon rechtfertigte nachdrücklich die Aktion von Sebastia. Die Gefahr besteht, dass die Regierung auf das Schomron-Gebiet verzichtet, und das, was in der Frage der Kolonisation getan wird, kann nur begrüsst werden.

Fuehrer aus Nablus will mit den Terroristen verhandeln

Hikmet el Masri, einer der Führer der Araber in Nablus, begab sich in der letzten Woche nach Beirut, wo er mit den Führern der Terroristen verhandeln wollte. Er setzte sich auch zur Aufgabe eine Verständigung zwischen Terrorverbände und Jordanien zustandezubringen.

Seine Reise begann er in Amman, wo er mit seinem Onkel Taher el Masri zusammentraf, der in der jordanischen Regierung als Minister für die besetzten Gebiete fungiert. Angeblich soll er auch ein Gespräch mit König Hussein gehabt haben. Vor seiner Abreise hatte er mit führenden Vertretern der Araber des Westufergebietes Gespräche abgehalten, um das Problem der palästinensischen Vertretung auf der Genfer Konferenz zu klären. Nach seiner Rückkehr sollen diese Debatten fortgesetzt werden. Hikmet el Masri hatte sich auf Einladung der „Befreiungsorganisation für Palästina" nach Beirut begeben.

Eine *libanesische Zeitung* verbreitete erneut das Gerücht, dass bereits Kontakte zwischen Jordanien und Israel in Akaba im Gange sind.

KREDITBESCHRÄNKUNGEN ZU EXTREM

Auf der kommenden Sitzung des Beirates der Bank Israel wird es Meinungsverschiedenheiten über den Plan geben, weitgehende Kreditbeschränkungen einzuführen. Bankkreise sind der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Massnahmen zu radikal sind und sie empfehlen, dass keine allgemeine Krediteinfrierung verkündet werden soll. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um lebenswichtige Zweige von der Kreditbeschränkung auszunehmen. In der jetzt geplanten allgemeinen Form müssen sich nach Auffassung der erwähnten Bankkreise die Vorschläge Sanbars als schädlich auswirken.

Aluf Tal ins Sicherheitsministerium zurueck

Der ehemalige Aluf Israel Tal, *der früher Vizegeneralstabschef* war, kehrt ins Sicherheitsministerium zurück, wo er die Leitung der Abteilung für Entwicklung von Kampfmitteln übernehmen wird. Tal wird von der Tel-Aviver Universität ausgeliehen, wo er an der Spitze des Instituts für *strategische Studien* steht.

Bereits in der Vergangenheit hatte Aluf Tal leitende Aufgaben bei der Produktion und Entwicklung von Kampfmitteln im Sicherheitsministerium erfüllt. — Vor einigen Wochen hatte Verteidigungsminister Schimon Peres eine Besprechung mit Tal gehabt. Vor zehn Tagen einigten *sich Verteidigungsminister Peres* und der Generalstabschef Gur darauf, dass Tal einen leitenden Posten im Sicherheitsministerium übernehmen wird. Er soll sich insbesondere mit der Entwicklung verschiedener Kampfmittel für den Landkrieg befassen.

ERFOLGE DER VERSICHERUNGSKASSEN DER BANK LEUMI

In den verschiedenen Versicherungskassen (Kupo Gemel) der Bank Leumi haben 130.000 Mitglieder insgesamt IL zwei Milliarden gespart. In dem Geschäftsjahr, das Ende März 1974 ablief, erreichten die Gewinne 42%. Für dieses Jahr ist mit mindestens weiteren 30% Gewinnen zu rechnen.

Krise in der Behandlung von Nierenkranken

In der Behandlung von Nierenkranken ist im Rambam Krankenhaus in Haifa eine ausgesprochene Krise eingetreten. Das Krankenhaus kann wegen Mangels an Ärzten und Hilfskräften nur zwei Behandlungen statt bisher drei in der Woche vornehmen. In der nächsten Zeit kommen 30 neue Fälle hinzu, und das Krankenhaus ist auf diesen Zustrom von Kranken nicht eingerichtet. Die Patienten verlangen dringend ein Eingreifen des Gesundheitsministeriums.

ERICH KAESTNER GESTORBEN

Im Alter von 75 Jahren ist in München der bekannte deutsche Schriftsteller Erich Kästner verstorben. In der Weimarer Zeit hatte er sich durch seine Jugendschriften und seine satirischen Bücher einen Ehrenplatz in der Literatur der damaligen Zeit erworben. Das Dritte Reich bedachte ihn praktisch mit einem Schreibverbot, und erst nach der Hitlerzeit erschienen wieder seine Publikationen. In dem Theaterstück „Die Schule der Diktatoren" rechnete er mit der Tyrannei der Macht ab.

Die ganze Liebe Kästners [illegible] der Jugend und der freundl[illegible] Auseinandersetzung mit der [illegible]sellschaft. Jugendschriften „Emil und die Detektive" [illegible] doppelte Lottchen", „Pünk[illegible] und Anton" sind weltbe[illegible] geworden, das gleiche läss[illegible] von „Fabian" und „Drei M[illegible] im Schnee" sagen. In den l[illegible] Jahren wurden Kästners B[illegible] immer wieder aufgelegt, u[illegible] ner seiner Verleger hatte i[illegible] würdigt: „Wir haben in K[illegible] den Heine unserer Tage [illegible] den."

Auslaendische Kaeufer interessieren sich fuer «British Bank»

Persönlichkeiten, die Verhandlungen über den Verkauf der „British Bank" führen, erklärten, dass sich Banken in der Schweiz und den USA für die Uebernahme der Bank interessieren. Sie dementierten, dass zu den Kandidaten Dr. Tibor Rosenbaum in Genf gehört. Vielmehr sind die Interessenten nichtjüdische Bankkreise in den USA und in der Schweiz.

Der Rechtsberater der „British Bank", Adv. Miron, begrüsste den Beschluss des Gerichts, den Inhabern der Bank eine Frist von elf Tagen zwecks Weiterführung der Verkaufsverhandlungen zu gewähren. Die Bank Israel hat dem zugestimmt, hat jedoch zugleich klargestellt, dass sie eine Garantie bis zu höchstens 25 Millionen Dollar übernehmen wird.

Bankkreise verfolgen die Verkaufsverhandlungen mit grosser Spannung, sind jedoch skeptisch, ob sie zum Erfolg führen werden.

AUSZAHLUNG DER DEPOSITEN HAT BEGONNEN

Die „British Bank" begann gestern mit der vollen Auszahlung von bona-fide-Depositen, gemäss den Verpflichtungen, die die Bank Israel übernommen hatte. Aktieninhaber, die zur Williamsgruppe gehören, werden bei der Kontenauszahlung nicht berücksichtigt.

Auf Anordnung von Oberrichter Dr. Joel Sussman bleibt der bisherige Generaldirektor der British Bank, Jehoschua Benzion, noch acht Tage in Untersuchungshaft. Nach der Festlegung des Amtsgerichts dauert die Untersuchungshaft noch acht Tage an. Das Bezirksgericht hat [illegible] Grund einer Haftbesch[illegible] des Anwalts von Benzion [illegible]tige Haftentlassung ange[illegible] Gegen diese hatte sic[illegible] Staatsanwaltschaft gewand[illegible] hatte Einspruch beim O[illegible] Gericht eingelegt. Dies[illegible] nunmehr — durch Ober[illegible] Dr. Sussman — Verlän[illegible] der Haft ausgesprochen.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

OBLIGATIONEN	25.7.1974	
8% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	278	
6% Israel Electr. „B" $ linked	143.5	
6% Industrial Devel. Bank Serie 2 $ linked	235.3	
5% Dead Sea Works bearer $ linked	142	
6½% Zim $ linked	128.2	
Milve Klita 1961 Index [illegible]	282	
Milve Klita 1962 Index 132,6	270	
Milve Klita 1964 Index 138,5	366	
Milve Klita 1965 Index 110,1	321.5	
Milve Klita 1966 Index 118,6	299	
Milve Klita 1967 Index 118,9	290.2	
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	258	
I.D.B. Bankholding Ord. sh.	220	
Bank Leumi „A" ord. stock	228	
General Mortg. Bank ord shares bearer	256	
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord sh.	181	
Hassneh Insurance ord. shares	248	
Housing Mortg. Bank „B" ord. sh.	140	
Delek ord shares reg	173	
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 1s	295	
Africa Pal Investments ord. sh reg. IL 10 b.	152	
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 40	122.5	
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	175	
Mehadrin	181	
Anglo Israel Investment	83	
Neot Aviv	85	
Rassco 8% pref ord. shares reg.	121.5	
Ata „O" ord reg. shares	442	
Dubek	65.5	
Photoenicia 8% ord. pref part bearer	282.5	
Amerikan Israel Papper Mills	198	
Assis	88	
Sigar Investment bearer	169	
Eliern Investment Ltd bearer	94	
Paz Investments	88	
Wolfson Clore Mayer Corp reg. IL 25	166	
Discount Bank Inv. bearer	198.5	
Bank Leumi Investment ord. shares	54	
Export Bank Investment	167	
Clal Industries	90	
Naphta Ltd ord shares	178	
Lappidot ord shares reg.	75.5	
I.L.D.C. 10% conv deb.	86.5	
Ata 10% conv deb.		
D-Mark per $	2.3215 [illegible]	2.5[illegible]
Swiss Fr per $	2.9170 [illegible]	2.8[illegible]
D-Mark	1.65	
Natad (unter Banken)	4.69	

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung des Japhet [illegible]
Ohne Oblig.

* = ex coup div.
** = ex rights
K = Nur Käufer
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: schwächer
Index Bonds: uneinheitlich
Aktien: schwächer

aus dem Lande

MINISTERIALBEAMTE BESCHWEREN SICH UEBER SAPIR

Der Betriebsrat des Einordnungsministeriums *in Tel-Aviv* verlangt vom Vorsitzenden der Exekutive der Zionistischen Organisation, Pinchas Sapir, eine Entschuldigung, weil er eine Angestellte des Ministeriums, Sara Jaari, in einem Telefongespräch beleidigt haben soll.

Sapir soll Frau Jaari vorgeworfen haben, sie erkläre Clim., es „gäbe keine Wohnungen" und „verweise sie an Sapir". Sapir habe geschrien, er glaube ihr nicht und habe sie nicht zu Wort kommen lassen.

Im Moment kann in der Angelegenheit nichts unternommen werden, da Sapir sich für einen Monat in Südamerika aufhält und erst dann nach Israel zurückkehren wird.

★

Der Konzern Clal hat den früheren Generalstabschef Zwi Zur, der bisher Assistent des Verteidigungsministers war, zum geschäftsführenden Direktor der Industriesektion des Konzerns ernannt.

★

Eine Umfrage der Gesellschaft Dahaf ergab, dass 44,3% der Teilnehmer bei der Befragungsaktion gegen die Kolonisation im Bezirk Schomron waren, 34,3% äusserten sich dafür, 21% hatten keine bestimmte Meinung.

★

Die Zahl der Wohlfahrtsempfänger in Tel-Aviv ist laut Feststellung der Stadtverwaltung in den letzten fünf Jahren um 50% gestiegen. Der Anteil der „Sabres" bei den Wohlfahrtsempfängern erhöhte sich in diesem Zeitraum von 8.4 auf 13%.

★

Der Generalsekretär der Histadrut, Jerucham Meschel, begab sich nach den Vereinigten Staaten, wo er Gespräche mit den Vertretern der Arbeiterbewegung haben wird. Die Kontakte zwischen der Histadrut und den amerikanischen Gewerkschaften sollen nach Möglichkeit verstärkt werden.

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 177 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 326[illegible]
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

